

Europa diskutiert

Vier Unterrichtseinheiten für Schüler*innen der Sekundarstufe I und II

mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amtes

Autor:

Dr. Samuel F. Müller

Redaktion:

Louise von Wallmoden, Claudia Fedur

Berlin, Dezember 2017

EUROPA
verstehen

EUROPA
gestalten

Inhalt

Einführung: „Europa diskutiert“ lehren.....	02
1. Die EU in der Krise? EU-Skeptizismus und Populismus in Europa.....	05
1.1 Einführung in die Unterrichtseinheit.....	05
1.2 Kerninformationen für Lehrkräfte: Populismus und EU-Skeptizismus heute.....	06
1.3 Arbeitsaufträge.....	08
1.4 Kommentierte Linksammlung.....	10
1.5 Quellenverzeichnis.....	11
2. Sind wir eigentlich noch sicher? Innere Sicherheit als Gemeinschaftsaufgabe der EU.....	12
2.1 Einführung in die Unterrichtseinheit.....	12
2.2 Kerninformationen für Lehrkräfte: Praktisch untrennbar: die äußere und innere Sicherheit der EU.....	13
2.3 Arbeitsaufträge.....	16
2.4 Kommentierte Linksammlung.....	18
2.5 Quellenverzeichnis.....	19
3. Hauptsache Arbeit! Und wo bleibt das Leben? Die Zukunft der Arbeit in Europa.....	20
3.1 Einführung in die Unterrichtseinheit.....	20
3.2 Kerninformationen für Lehrkräfte: Jugendarbeitslosigkeit in der EU.....	22
3.3 Arbeitsaufträge.....	24
3.4 Kommentierte Linksammlung.....	29
3.5 Quellenverzeichnis.....	30
4. Die EU der Zukunft gemeinsam gestalten!	31
4.1 Einführung in die Unterrichtseinheit.....	31
4.2 Kerninformation für Lehrkräfte: Alte und neue Formen der europäischen Integration.....	32
4.3 Arbeitsaufträge.....	35
4.4 Kommentierte Linksammlung.....	39
4.5 Quellenverzeichnis.....	40

Einführung

„Europa diskutiert“ lehren

Liebe Lehrkräfte,

die vorliegenden kompetenzorientierten Unterrichtseinheiten sollen Lehrkräfte im ganzen Bundesgebiet darin unterstützen, den Themenkomplex „Europäische Union“ im Schulunterricht zu behandeln. Die vier Unterrichtseinheiten korrespondieren mit den in den Lehrplänen der verschiedenen Bundesländer formulierten Anforderungen. Sie enthalten sowohl Hintergrundinformationen und Quellen für Sie als auch Arbeitsunterlagen für Ihre Schüler*innen. Ihre Erstellung wurde mit Mitteln des Auswärtigen Amtes ermöglicht.

Als aktuelle Zusammenstellung von Unterrichtseinheiten der Europäischen Akademie Berlin (EAB) lenkt „Europa diskutiert“ den Fokus auf laufende europapolitische Debatten. „Europa diskutiert“ will dazu befähigen, verschiedenen teils hitzig vorgetragenen Argumenten und Auseinandersetzungen, die unsere Vorstellungen von und unsere Erwartungen an Europa prägen, gezielt auf den Grund zu gehen. So sollen die hier bereitgestellten Informationen und Arbeitsmaterialien, vermittelt durch Sie als erfahrene Lehrkräfte, dazu beitragen, die Schüler*innen mit dem nötigen Wissen und den entsprechenden Kompetenzen auszustatten, um versiert und mit Interesse an aktuellen europapolitischen Debatten teilzuhaben und die Zukunft Europas – ihre Zukunft – aktiv mitzugestalten.

Eine Grundüberlegung ist hierbei, dass sich die EU heute mit einer Vielzahl substanzieller Herausforderungen konfrontiert sieht, wobei immer häufiger die Zukunftsfähigkeit der EU als gemeinsamer Interaktionsrahmen insgesamt in Frage gestellt wird. So befindet sich die EU nach wie vor in der Krise. Umso wichtiger ist eine sachliche Auseinandersetzung mit europäischen Themen, um die langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten und besonderen Zukunftschancen, die die EU bietet, zu erkennen und gemeinsam zu ergreifen.

Somit folgt „Europa diskutiert“ der grundlegenden Diagnose ebenso wie der grundlegenden Intention der Unterrichtseinheiten zum Thema „Europa im Wandel“, die von der EAB im letzten Jahr bereitgestellt wurden. Nur verschiebt sich der Fokus insofern, als das in den vorliegenden Einheiten die Entstehungsgeschichte der EU in den Hintergrund tritt, dafür aber neue Themenfelder hinzukommen.

Inhalte und Fragestellungen der vier Unterrichtseinheiten

Die hier vorgenommene Themenauswahl kann selbstredend nicht erschöpfend sein und beleuchtet nur einen Ausschnitt aktueller Zusammenhänge und deren Hintergründe. Dabei werden Themen fortlaufend in Bezug zu aktuellen Positionen europapolitischer Akteure sowie zu den europäischen Institutionen gesetzt. Damit eröffnet sich außerdem, entlang laufender Debatten und praktischer Problemstellungen, ein induktiver Zugang zu der oft als „trockene Materie“ empfundenen Institutionenlehre bzw. zum politischen System der EU, das es hier aus der Praxis heraus zu erschließen gilt. Ebenso verhält es sich mit weiteren, grundsätzlichen Fragestellungen, die sich hier als Querschnittsthemen erweisen. Hierzu zählen insbesondere Fragen nach den Werten sowie hinsichtlich der Kultur(en) und Identität(en) Europas. Zudem wird der Blick vor allem auf innereuropäische Zusammenhänge gerichtet, was die Konturen der vorliegenden Materialsammlung wiederum schärft. Folgenden Themen werden behandelt:



Unterrichtseinheit 1 konzentriert sich auf EU-Skeptizismus und Populismus in der EU. Dabei richtet sich der Fokus auf jene Akteure, die Stimmung gegen die gemeinsame Zusammenarbeit auf der europäischen Ebene machen. Ihre Sichtweisen und Motive gilt es nachzuvollziehen (und zu widerlegen). Dies bedeutet auch, sich mit

der Frage auseinanderzusetzen, warum heute so viele Menschen das Vertrauen in die EU verloren haben und wie die EU dieses Vertrauen wieder zurückgewinnen kann.



Unterrichtseinheit 2 greift sodann die Frage nach der inneren Sicherheit auf. Darin wird diskutiert, wie die EU dazu beiträgt, dass sich die Menschen in Europa auch in Zukunft sicher fühlen können, also vor terroristischen Anschlägen, organisierter Kriminalität, aber auch Cyberkriminalität geschützt werden. Vor dem Hintergrund der aktuellen Prioritäten der EU konzentriert sich die Unterrichtseinheit dabei vor allem auf das Thema Terrorismus.



Unterrichtseinheit 3 befasst sich mit einem weiteren Thema, das besonders junge Menschen in Europa umtreibt: Wie steht es um die Zukunft der Arbeit in der EU, welche Chancen bietet der europäische Arbeitsmarkt und vor welche Herausforderungen stellt er uns? Dabei wird das Problem der nach wie vor signifikant hohen Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere im Süden und Südosten Europas, in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gerückt, wobei die Situation in Spanien besondere Beachtung findet.



Unterrichtseinheit 4 wagt abschließend den Blick nach vorn. Im Zentrum der Einheit stehen deshalb verschiedene Modelle europäischer Integration, Hand in Hand mit konkreten Visionen hinsichtlich der Zukunft der EU, wie sie von verschiedenen europapolitischen Akteuren und nicht zuletzt der Europäischen Kommission artikuliert worden sind. Diese Visionen gilt es im Lichte aktueller Entwicklungen kritisch zu hinterfragen und, aufbauend auf existierenden Zukunftsvisionen, eigene Zukunftsszenarien zu entwickeln.

Praxisorientiertes Wissen und Kompetenzen erfolgreich vermitteln

Hinsichtlich der übergeordneten Lernziele greifen die vorliegenden Unterrichtseinheiten auf bewährte Herangehensweisen bereits bestehender Lehrmaterialien der EAB zurück. Auch in „Europa diskutiert“ werden Wissen und Handeln als zwei eng miteinander verknüpfte Bereiche verstanden. Die beiden Anliegen - Europa zu verstehen und Europa zu gestalten - treten somit als dynamische Einheit hervor, die zu Interaktion, Partizipation und Teilhabe auffordert und befähigt. Dahingehend lassen sich die folgenden übergeordneten Lernziele ausmachen, die es zu Beginn einer jeden Unterrichtseinheit themenspezifisch zu konkretisieren gilt:



Die bereitgestellten Aufgabenstellungen, Materialien und weiterführenden Informationen sollen erstens dazu beitragen, den Schüler*innen Wissen über die hier vorgestellten Sachverhalte und deren Hintergründe zu vermitteln (Sachkompetenz).



Zweitens sollen die Schüler*innen dazu befähigt werden, das Vorgehen der relevanten europapolitischen Akteure, Institutionen und Problemzusammenhänge, die im Rahmen der Unterrichtseinheiten in Erscheinung treten, sachlich und problemorientiert einzuschätzen und zu bewerten (Urteilskompetenz).



Drittens sollen die Schüler*innen dazu in die Lage versetzt werden, eine eigene Position hinsichtlich der hier diskutierten Themen zu entwickeln, diese im Kontext aktueller und fortlaufender Ereignisse zu verorten und auch aktiv gegenüber anderen zu vertreten. Damit einher geht das Anliegen, die Schüler*innen darin zu befähigen, als selbstbewusste Akteure proaktiv in de-

mokratische Aushandlungsprozesse einzutreten und so an der Gestaltung ihrer Lebenswelt teilzuhaben (Handlungskompetenz).

Aufbau der vier Unterrichtseinheiten

Jede der vier Unterrichtseinheiten enthält mehrere Abschnitte, die in erster Linie für die Lehrkraft gedacht sind. Sie enthalten Hintergrundinformationen, die die Vorbereitung des Unterrichtes vereinfachen sollen. Sie können optional an die Schüler*innen weitergegeben werden. Darüber hinaus beinhaltet jede Unterrichtseinheit eine oder zwei Aufgabenstellungen, die dazu gedacht sind, sie direkt an die Schüler*innen weiterzugeben. Dabei sind die meisten der Aufgaben so konzipiert, dass sie unabhängig voneinander unterrichtet werden können und sich somit auch für Vertretungsstunden eignen.

Im Einzelnen setzt sich jede der vier Unterrichtseinheiten aus fünf Abschnitten zusammen. Auf eine kurze Einführung hinsichtlich der methodisch-didaktischen Aufschlüsselung der Einheit (Abschnitt 1) folgen Kerninformationen zum Thema, die den Lehrkräften einen schnellen Einstieg in die Thematik erlauben (Abschnitt 2), worauf Arbeitsmaterialien für Schüler*innen folgen (Abschnitt 3). Zudem enthält jede Einheit eine kommentierte Linksammlung (Abschnitt 4) sowie ein Quellenverzeichnis (Abschnitt 5). So wird ein schneller Zugriff auf weiterführende Informationsmaterialien ermöglicht.

1. Die EU in der Krise? EU-Skeptizismus und Populismus in Europa

1.1 Einführung in die Unterrichtseinheit

Betrachtet man die Parteienlandschaft Europas heute, sind EU-skeptische Parteien und Bewegungen klar auf dem Vormarsch. Was diesen Parteien gemeinsam ist, ist die Betonung der nationalen Interessen. Nach Auffassung der EU-skeptischen Akteure werden diese fortlaufend von den gemeinschaftlichen Interessen der EU in Frage gestellt und von der grenzüberschreitenden Kooperation der Staaten Europas und den damit verbundenen Verpflichtungen auf unzulässige Weise eingeschränkt. So wird die EU als Problem wahrgenommen und nicht als Lösung aktueller Herausforderungen. Dabei lässt sich die Betonung nationaler Interessen und das Bestreben nach mehr Souveränität oder Unabhängigkeit auch über die EU-Grenzen hinaus als gewichtiger Trend wahrnehmen – allen voran die USA, wo Barack Obamas Slogan „Yes, we can“ Donald Trumps Motto „America first“ gewichen ist.

Klar ist, dass sich die EU heute einer Vielzahl gravierender Herausforderungen gegenüber sieht. Wie von vielen Beobachter*innen attestiert wird, befindet sich die EU in der Krise oder, präziser formuliert, in einer Phase, in der sich verschiedene Krisen überlagern. Genannt seien hierbei die so genannte Flüchtlingskrise, ein hohes wirtschaftliches und soziales Gefälle zwischen den Ländern und Regionen der EU sowie, mit Blick auf politisch motivierte Gewalttaten, eine verschärfte Sicherheitslage. Darüber hinaus zeichnen sich drastische strukturelle Veränderungen des europäischen Integrationsprozesses ab, wobei bisher der Brexit den wohl schwerwiegendsten Einschnitt in das europäische Integrationsgeschehen darstellt.

Ausgangspunkt dieser Unterrichtseinheit ist es, die EU nicht als Grund oder Auslöser, sondern als Lösung aktueller Krisen zu verstehen – „als das Integrationssystem, das nützt und schützt, also Unsicherheit absorbiert und Sicherheit schafft“ (Lippert et al., „Politisierung, Populismus und die Zukunft der EU“, 15). Eben dieses Verständnis wird jedoch immer häufiger von den EU-Skeptikern abgelehnt und durch populistische „Argumente“ ad absurdum geführt. So stellt die Auseinandersetzung mit EU-Skeptizismus und Populismus in Europa einen aufschlussreichen Rahmen dar, um schwierige Herausforderungen der EU zu benennen, dabei aber klar zwischen Argumenten und „Argumenten“ zu unterscheiden und schlussendlich europäische Lösungswege aufzuzeigen. Daraus ergeben sich folgende Lernziele:



Wissen: Die Schüler*innen lernen zwischen populistischen Aussagen und sachlichen Argumenten zu unterscheiden. Darüber hinaus erlangen sie Grundwissen hinsichtlich der europäischen Parteienlandschaft.



Urteilen: Über die aktive Auseinandersetzung mit den europapolitischen Positionen von Parteien und Bewegungen lernen die Schüler*innen, diese systematisch zu vergleichen und einzuschätzen.



Handeln: Die Schüler*innen werden dazu befähigt, Stellung zu aktuellen Entwicklungen in der EU zu beziehen. Insbesondere im Rahmen einer Medienanalyse bezogen auf europapolitische Positionen in den sozialen Medien, erlernen die Schüler*innen, kompetent, informiert und verantwortungsbewusst in den sozialen Medien zu interagieren.

1.2 Kerninformationen für Lehrkräfte: Populismus und EU-Skeptizismus heute

Wie oben erwähnt betonen EU-skeptische Parteien die Interessen ihres jeweiligen Landes, die sie durch die EU eingeschränkt sehen. Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass EU-skeptische Parteien heute in der Regel populistisch „argumentieren“. Dieser Zusammenhang soll zunächst einer differenzierteren Betrachtung unterzogen werden, bevor in einem zweiten Schritt ein kurzer Überblick über populistische, genau genommen rechtspopulistische, Parteien in Europa erfolgt.



Grundüberlegungen zum Problem des Populismus

Grundsätzlich lohnt es sich, eine Trennlinie zwischen EU-Skeptizismus und Populismus zu ziehen. Darüber hinaus lässt sich selbstredend zwischen Rechtspopulismus und Linkspopulismus unterscheiden. In Europa wird aktuell die Theorie an dieser Stelle jedoch von der Praxis eingeholt. Bekannte und relativ einflussreiche EU-skeptische Parteien bedienen sich häufig populistischer Mittel und lassen sich in erster Linie dem rechten politischen Spektrum zuordnen.

Dabei muss nichtsdestotrotz zwischen berechtigter Kritik an der EU und populistischen Aussagen und Positionen unterschieden werden. Populismus zeichnet sich im Allgemeinen dadurch aus, dass Zusammenhänge derart vereinfacht werden, dass die eigentlichen Probleme nicht mehr zum Tragen kommen, unverstanden bleiben und Fehldeutungen (in der Regel bewusst) Vorschub geleistet wird. Dabei orientieren sich populistische Parteien an den vordergründigen Interessen ihrer Wähler*innen, die durch vereinfachte „Wahrheiten“ bedient werden.

Darüber hinaus argumentieren Lippert und Lang, dass sich Populismus als „Methode der vereinfachenden bis aggressiven Infragestellung des Etablierten“ verstehen lässt und dabei „im Verbund mit den Phänomenen der Politisierung und Polarisierung [zum] eskalierenden Faktor“ wird (Lippert et al., „Politisierung, Populismus und die Zukunft der EU“, S.15). Populismus zielt also darauf ab, bereits etablierte Strukturen kategorisch und der Tendenz nach in aggressiver Manier in Frage zu stellen, dabei polarisierend zu wirken und damit fortlaufend auf die Eskalation von politischen und gesellschaftlichen Prozessen hinzuwirken (vgl. ebd.).

Ein Blick in die europäische Parteienlandschaft

Wirft man einen Blick auf die europäische Parteienlandschaft, lassen sich einschlägige Trends hinsichtlich der Zielsetzungen populistischer Parteien in Europa ausmachen. Wie Schellenberg argumentiert, fungiert „das Volk“, welches als „homogene Einheit“ stilisiert wird, die es gegen äußere Einflüsse abzugrenzen gilt, als zentraler Fluchtpunkt rechtspopulistischer Politik (Schellenberg, „Rechtspopulismus im Europäischen Vergleich“, online). Dabei steht dieses Verständnis des „Volks“ laut Schellenberg „im Widerspruch zur Wirklichkeit in modernen, ausdifferenzierten und vielfältigen Gesellschaften mit all ihren Bruch- und Konfliktlinien [und] leugnet vollkommen normale, innergesellschaftliche Gegensätze und Konflikte“ (ebd.). So wird also der historische wie heutige Normalfall negiert, dass Gesellschaften aus Menschen verschiedener Ethnien, Kulturen und auch Religion bestehen.

Darüber hinaus lassen sich Feindbilder ausmachen, die von einer Vielzahl rechtspopulistischer Parteien geteilt und propagiert werden. Das primäre Feindbild der Rechtspopulisten im Westen Europas sind laut Schellenberg Muslime, die als singuläre Gruppe mit „dem Islam“ assoziiert und als der „eigenen“ Kultur fremd und gefährlich verunglimpft werden (ebd.). Darüber hinaus, und höchst relevant für die vorliegende

Unterrichtseinheit, teilen rechtspopulistische Parteien die EU als weiteres zentrales Feindbild. So wird der EU unterstellt, „gegen die Interessen des ‚Volkes‘ zu wirken“ wofür sie als „bürgerfern, überkomplex und bürokratisch karikiert“ wird, wie Schellenberg argumentiert (ebd.).

Vor diesem Hintergrund scheint es höchst paradox, dass sich rechtspopulistische Parteien in den europäischen Institutionen durchaus repräsentiert wissen wollen und vor allem im Europäischen Parlament den Schulterschluss suchen. Hier ließe sich diskutieren, ob rechtspopulistische Akteure nun demokratische Strukturen unterwandern und aushöhlen oder ob eben diese Strukturen, denen die Bedingung inhärent ist, demokratisch und über individuelle Interessen einzelner Staaten hinweg Kompromisse und gemeinsame Positionen zu erwirken, nicht zur schrittweisen Aufgabe EU-skeptischer und auf die eigenen Interesse allein gerichteter Positionen zwingt.

Konkret haben sich im Europäischen Parlament heute die rechtspopulistischen Parteien in der ENF/ Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit zusammengefunden und halten als kleinste Fraktion 37 der insgesamt 751 Sitze (Europäisches Parlament, Mitglieder nach Fraktionen, online). Mitglieder dieser Fraktion entstammen dem Front National (Frankreich), der Lega Nord (Italien), der Partei für die Freiheit (Niederlande), der Freiheitlichen Partei Österreichs und der deutschen AfD. Weitere Mitglieder kommen aus Rumänien, Belgien und Großbritannien (ebd.).



1.3 Arbeitsaufträge (Unterrichtseinheit 1)

Arbeitsauftrag 1 (*direkt einsetzbar*):

Populismus verstehen – je weniger Haare auf dem Kopf, desto mehr Geld in der Tasche

In der EU gibt es viele politische Parteien und Politiker*innen, die nicht mit dem einverstanden sind, was die EU macht. Das ist an sich kein Problem. Schließlich ist es wichtig, Probleme offen anzusprechen. Oft wird die Kritik jedoch unsachlich vorgetragen. Es werden Sachen gesagt, die zwar richtig klingen, aber die eigentlichen Probleme gar nicht benennen. Dann scheint es so, als würde es eine schnelle Lösung für ein Problem geben, was in Wirklichkeit aber viel schwieriger ist. Deshalb ist es wichtig, Aussagen genau zu überprüfen, ob sie auch wirklich stimmen.

- ✓ Hier findest du drei Beispiele für solche *populistischen* Argumente und sachliche Gegenargumente. Das erste Beispiel ist allgemein gehalten, die anderen beiden stammen aus der aktuellen Politik.
- ✓ Diskutiere sie mit deinen Mitschüler*innen: Was ist so verlockend an den Argumenten populistischer Parteien? Und wie lassen sie sich entkräften?

Stimmt oder stimmt nicht?

„Je weniger Haare auf dem Kopf, desto mehr Geld in der Tasche.“

- ➔ **Falsch:** Richtig ist, dass Männer häufig mehr Geld verdienen als Frauen. Zudem sind es die Männer, die häufig eine Glatze bekommen, was Frauen eher selten passiert. Aber die Glatze ist nicht *der Grund* dafür, dass Männer häufig mehr verdienen als Frauen.

„Die Geflüchteten in Deutschland nehmen uns Deutschen die Arbeitsplätze weg.“

- ➔ **Falsch:** Menschen die nach Europa flüchten, dürfen zunächst keine Arbeit aufnehmen. So dann gibt es verschiedene Bedingungen, unter denen ein Arbeitsverhältnis aufgenommen werden kann, wobei es vor allem auf den rechtlichen Status der Geflüchteten ankommt, z.B. ob sie Asyl bekommen oder nicht. Außerdem ist es für Geflüchtete ohnehin sehr schwierig, in Deutschland eine Arbeit zu finden, z.B. weil Arbeitgeber den bürokratischen Aufwand scheuen, Geflüchtete einzustellen oder die Geflüchteten nicht über die speziellen Fähigkeiten verfügen, insbesondere gut bezahlte Jobs zu finden. Hinzu kommt, dass in Deutschland immer weniger Kinder geboren werden, so dass langfristig mehr Menschen gebraucht werden, um in Deutschland zu arbeiten. Dabei sind es einerseits die eher schlecht bezahlten Berufe, z.B. Altenpfleger*in, in denen schon heute ein akuter Mangel an Arbeitskräften besteht. Andererseits entstehen neue Berufsfelder, in denen in Zukunft deutlich mehr Fachkräfte benötigt werden.

„Muslime sind alle Extremisten.“

- ➔ **Falsch:** Die allermeisten Muslime vertreten keine extremistischen Positionen und sind demokratischen Werten ebenso zugewandt wie die allermeisten anderen Menschen in Europa. In der Tat ist es so, dass es ganz unterschiedliche extremistische Gruppierungen in Deutschland gibt, die sich gegen die Demokratie stellen und zur Gewalt aufrufen. Hierzu zählen rechtsextremistische und linksextremistische Gruppierungen ebenso wie islamistische Extremisten.



Arbeitsauftrag 2:

Populismus in den Sozialen Medien erkennen und reagieren

Einfache Antworten auf komplexe Fragen – das ist eines der Charakteristika der Populisten. Immer häufiger bedienen sie sich Sozialen Medien, um ihre Ideen zu verbreiten und sich Gehör zu verschaffen. Mit der Begrenzung auf 280 Zeichen ist Twitter ein Kanal, der prädestiniert scheint, kurz und plakativ Stellung zu beziehen und gleichzeitig Tausende von Followern zu erreichen. Dabei gilt: je einfacher und provokanter die Aussagen, Diffamierungen und Anschuldigungen sind, desto mehr Menschen und potentielle Wähler*innen werden erreicht – weit über den Kreis der Follower hinaus. Denn längst greifen „traditionelle“ Medien kontroverse Diskussionen aus den sozialen Netzwerken auf und ermöglichen den Tweetenden somit eine große öffentliche Bühne.

- ✓ **Schritt 1:** Schaut euch in Kleingruppen die Twitterkanäle verschiedener Politiker*innen aus Europa an, die sich populistischer Methoden bedienen und solche, von denen ihr denkt, dass sie sachliche Argumente hervorbringen. Was wird gewittert? Welche Absicht steckt dahinter? Welche Merkmale des Populismus könnt ihr identifizieren?
- ✓ **Schritt 2:** Was kann man gegen Populismus im Netz tun? Sucht euch einen Tweet aus und überlegt euch, was man auf die jeweiligen Aussagen erwidern könnte. Sucht nach Argumenten und formuliert kurze und prägnante Antworten.



1.4 Kommentierte Linksammlung



Erklärvideo zum Thema Populismus von explainity

<https://www.youtube.com/watch?v=vhakO1R-Fxk>

In dem kurzen Video „Populismus einfach erklärt“ von explainity wird – wie der Titel schon sagt – erklärt, was Populismus ist und wie Populismus in Europa funktioniert. Der Youtube-Kanal von explainity enthält noch viele andere Erklärvideos zu politischen und gesellschaftlichen Themen.

Informationen des Internetportals „No Hate Speech“ zum Umgang mit Populismus und Hassrede

<https://no-hate-speech.de/de>

Das Internetportal von „No Hate Speech“ hält umfassende multimedial aufbereitete Informationen zum Thema Hassrede bereit – welchen Stellenwert das Problem heute in Europa hat, wie Hassrede funktioniert und sich von freier Meinungsäußerung unterscheidet, und wie man gegen Hassrede vorgehen kann.

Interaktive Karte rechtspopulistischer Parteien der Bundeszentrale für politische Bildung

<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/242635/europakarte>

Die Bundeszentrale für Politische Bildung stellt im Internet eine interaktive Karte bereit, auf der man sich über rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien in ganz Europa informieren kann. Klickt man auf eines der Länder erscheint sofort, welche populistischen und EU-skeptischen Parteien es dort gibt, welche Ziele sie verfolgen und wie einflussreich sie in Europa sind.

Überblick über die Parteien im Europaparlament auf der Internetseite des Europäischen Parlaments

<http://www.europarl.europa.eu/meps/de/hemicycle.html>;

<http://www.europarl.europa.eu/meps/de/map.html>

Im Bereich „Abgeordnete“ auf der Internetseite des Europäischen Parlaments wird dargestellt, welche Fraktionen es im Europäischen Parlament gibt und wie viele Sitze sie haben. Auf der interaktiven Europakarte kann man außerdem – neben vielen weiteren Informationen – nachvollziehen, wie viele Abgeordnete aus welchen EU-Mitgliedsstaaten kommen.

Der Populismusforscher Jan-Werner Müller im Video-Interview bei der Deutschen Welle

<http://www.dw.com/de/auf-ein-wort-populismus/av-41427397>

In einem ausführlichen Videobeitrag interviewt Michel Friedman den in Princeton lehrenden Populismusforscher Jan-Werner Müller zu Hintergründen und aktuellen Entwicklungen zum Populismus heute. Das Interview ist Teil der DW-Reihe „Auf ein Wort ...“.

Themendossier zu „EU-kritischen Parteien und Populismus“ der Stiftung Wissenschaft und Politik

<https://www.swp-berlin.org/swp-themendossiers/europaeische-integration-in-der-krise/eu-kritische-parteien-und-populismus/>

Die Stiftung Wissenschaft und Politik stellt ein Dossier zu Thema „EU-kritische Parteien und Populismus“. Hier findet sich eine Vielzahl wissenschaftlicher Artikel zum Thema – sowohl zu übergeordneten Fragestellungen als auch zu einzelnen Ländern.

1.5 Quellenverzeichnis

Europäisches Parlament, „Mitglieder nach Fraktionen (gemäß der Sitzordnung im Plenarsaal)“, *Europäisches Parlament* [online]. URL:

<http://www.europarl.europa.eu/meps/de/hemicycle.html>.

Lippert, Barbara, Kai-Olaf Lang, „Politisierung, Populismus und die Zukunft der EU“, *Krisenlandschaften: Ausblick 2017*, hrsg von Volger Perthes, Stiftung Wissenschaft und Politik, 2017, S. 15-18. URL: [https://www.swp-](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2017S01_ild.pdf#page=15)

[berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2017S01_ild.pdf#page=15](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2017S01_ild.pdf#page=15).

Schellenberg, Britta, „Rechtspopulismus im Europäischen Vergleich“, *Bundeszentrale für politische Bildung* [online], 2017. URL: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240093/rechtspopulismus-im-europaeischen-vergleich-kernelemente-und-unterschiede>.

Die verwendeten Graphiken stammen von PRESENTERMEDIA (www.presentermedia.com).



2. Sind wir eigentlich noch sicher? Innere Sicherheit als Gemeinschaftsaufgabe der EU

2.1 Einführung in die Unterrichtseinheit

Die Lage der inneren Sicherheit in der EU ist in den letzten Jahren deutlich prekärer geworden. Insbesondere mit den Terroranschlägen in Paris 2015 und, aus der Perspektive Deutschlands, mit dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz im Jahr 2016, wurde der jihadistische Terrorismus in der Wahrnehmung vieler Europäer*innen zu einer unmittelbaren Bedrohung und gleichsam zentrales Thema der europäischen Sicherheitspolitik (vgl. Europol, „Terrorism“, online). Vor diesem Hintergrund wirft die vorliegende Unterrichtseinheit die Frage auf, mit welchen Maßnahmen und Instrumenten die EU die Sicherheit ihrer Bürger*innen zu gewährleisten sucht. Entlang der Sicherheitsagenda der EU steht dabei die Terrorismusbekämpfung im Vordergrund.

Innere Sicherheit verstärkt als europäische Gemeinschaftsaufgabe zu verstehen, stellt dabei durchaus eine neue Entwicklung dar. Denn traditionell liegt sie im Zuständigkeitsbereich jedes einzelnen Staats. So gilt es, auch unter diesem Gesichtspunkt zu diskutieren, in welchen Strukturen und Prozessen sich die Zusammenarbeit der EU-Staaten vollzieht. Neben der Frage nach den konkreten Maßnahmen zur Terrorabwehr in Europa wirft die aktuelle Unterrichtseinheit zudem die Frage auf, durch welche gesellschaftlichen Gegebenheiten junge Europäer*innen zu Terrorist*innen werden. Die Lernziele der Unterrichtseinheit strukturieren sich dabei wie folgt:



Wissen: Die Schüler*innen erhalten Grundwissen hinsichtlich der Zusammenarbeit verschiedener Sicherheitsorgane innerhalb der EU.



Urteilen: Dabei werden die Schüler*innen dazu in die Lage versetzt, zwischen innerer und äußerer Sicherheit im Rahmen europäischer Sicherheitsstrategien zu unterscheiden und diese Strukturen vor dem Hintergrund aktueller Zusammenhänge zu beurteilen.



Handeln: Die Schüler*innen werden dazu befähigt, sich und die eigene Gesellschaft im Kontext der europäischen Sicherheitsarchitektur zu verorten und Stellung zu aktuellen Entwicklungen und Maßnahmen zu beziehen. Auf die Vertiefung dieser Kompetenzen zielen unter anderem die beiden interaktiven Arbeitsaufträge: Im Rahmen des „Runden Tisches“ werden die Schüler*innen zu unmittelbar handelnden Akteuren, die sich (zunächst im Klassenverband) gezielt und differenziert in laufende Debatten zu sicherheitspolitischen Fragen einbringen, Differenzen argumentativ ausräumen und Kompromisse erarbeiten. Durch die Organisation einer „Oxford-Debatte“ vertiefen sie zudem ihre Fähigkeiten, eigene Argumente pointiert und in einem vorgegebenen Zeitrahmen überzeugend vorzutragen, dabei Gegenargumente schnell nachzuvollziehen und umgehend zu reagieren. Gleichzeitig trainieren die Schüler*innen ihre Fähigkeit, effizient im Team zu agieren.

2.2 Kerninformationen für Lehrkräfte: Praktisch untrennbar: die äußere und die innere Sicherheit der EU



Mit dem Zusammenwachsen der Europäischen Staatengemeinschaft wird auch die Sicherheitspolitik zunehmend zu einer Gemeinschaftsaufgabe. Auf der konzeptionellen Ebene lässt sich dabei zunächst zwischen den Politikfeldern „Außen- und Sicherheitspolitik“ und „Justiz und Inneres“ unterscheiden. In der politischen Praxis jedoch sind die Grenzen zwischen den beiden Politikbereichen längst fließend. Mit Blick auf das Thema Terrorismus ist der Bedrohung durch Terroranschläge in Europa nicht alleine mit polizeilichen oder geheimdienstlichen Mitteln beizukommen (Innere Sicherheit) – sondern nur durch eine Beseitigung der Ursachen des Terrorismus in den Herkunftsländern der Terrorist*innen (Außenpolitik). Bleibt man bei diesem Beispiel, stellt sich darüber hinaus die Frage, inwieweit die Gesellschaften Europas noch besser darin werden müssen, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem junge Europäer*innen sich nicht mehr radikaliseren lassen und zu Terrorist*innen werden.

Um einen Einblick in die komplexe Thematik zu schaffen, wird im folgenden ein kurzer Überblick über die beiden genannten Politikfelder im Kontext der EU gegeben, wobei die Diskussion zur europäischen inneren Sicherheit die Bekämpfung des Terrorismus in Europa hervorhebt.

Kernaspekte des Politikfeldes „Außen- und Sicherheitspolitik“

Zunächst zu Außen- und Sicherheitspolitik der EU: Seit Juni 2016 verfügt die EU über eine neue außen- und sicherheitspolitische Strategie. Im Vergleich zur ersten Strategie aus dem Jahr 2003 betont diese sogenannte Global Strategy vor allem die stark gewachsene Bedrohung für die Sicherheit Europas – und benennt fünf Herausforderungen, denen sich die EU in der Außen- und Sicherheitspolitik künftig prioritär widmen will (vgl. Europäische Union, „Priorities of the EU Global Strategy“, online).

- Erstens soll das rechts- und regelbasierte internationale System, das sich seit 1945 vor allem in Form der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen herausgebildet hat, grundsätzlich erhalten und fortentwickelt werden. Konkret heißt das zum Beispiel: Ein Bruch des Völkerrechts, wie etwa die Annexion der Krim durch Russland, soll auch weiterhin bestraft werden.
- Zweitens will die EU die engere Kooperation mit Staaten in anderen Teilen der Welt aktiv fördern, wie z.B. die Afrikanische Union, mit der die EU tragfähige Beziehungen ausbilden will.
- Drittens sollen die Staaten und Gesellschaften in der südlichen und östlichen Nachbarschaft der EU durch eine aktive Nachbarschaftspolitik gestärkt werden. Das heißt: Die EU will die Staaten Nordafrikas oder Zentralasiens dabei unterstützen, ihren Bürger*innen Sicherheit, Menschenrechte, eine ökonomische Grundversorgung und politische Partizipation zu gewähren. Auf diese Weise sollen die Ursachen für Bürgerkriege und zwischenstaatliche Konflikte, aber auch für den Terrorismus, signifikant verringert und im Idealfall beseitigt werden.
- Viertens will die EU ihre militärischen Fähigkeiten zur Verteidigung und zur Intervention in Konflikte außerhalb ihres Territoriums verbessern und
- fünftens bei der Bearbeitung von Konflikten nicht nur kurzfristige militärische Maßnahmen anwenden. Diese Maßnahmen gilt es, mit langfristigem z.B. ökonomischem, entwicklungspolitischem und umweltpolitischem Engagement zu verzahnen. So soll umfassend auf Konflikte eingewirkt werden, um einen nachhaltigen Frieden zu ermöglichen (ebd.).

Am weitesten fortgeschritten ist die Umsetzung der Global Strategy bisher im Bereich der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der EU. Im Dezember 2017 vereinbarten 25 Mitgliedstaaten im Rahmen der sogenannten Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation – PESCO), künftig ihre Verteidigungsetats regelmäßig zu erhöhen, mehr Geld in die Ausrüstung ihrer Streitkräfte zu stecken und gemeinsam gezielt militärische Fähigkeiten aufzubauen, die in der EU bisher fehlen. Außer-

dem verpflichteten sich die Teilnehmerstaaten, fortan zuverlässiger dazu beizutragen, dass die EU europäische Streitkräfte zur Konfliktbearbeitung in Nachbarstaaten entsenden kann. Zwar verfügt die EU nicht über ein stehendes Heer. Im akuten Krisenfall kann sie jedoch schnelle Eingreiftruppen schicken, etwa, um die Streitparteien zu trennen. Diese „Battlegroups“ sollen künftig besser ausgestattet, ausgebildet und finanziert werden.

Eine herausragende Position bei Initiativen und der Koordination in außen- und sicherheitspolitischen Fragen der EU kommt dem Amt der/des Hohen Vertreter*in für Außen- und Sicherheitspolitik zu, das bei der Europäischen Kommission angegliedert ist. Aktuell bekleidet Federica Mogherini dieses Amt.

Kernaspekte des Politikfelds „Justiz und Inneres“ der EU

Geht es um die innere Sicherheit der EU, fällt der Blick vor allem auf den Schutz der Bürger*innen vor „internationaler Kriminalität und Terrorismus“ (Europäische Union, „Inneres und Justiz“, online). Gleichzeitig zielt die EU im Politikfeld „Justiz und Inneres“ darauf ab, dass alle Bürger*innen „überall in der EU Zugang zu den örtlichen Justizsystemen haben und ihre Grundrechte gewahrt bleiben“ (ebd.). Außerdem lassen sich diesem Politikfeld die Entwicklung und Gewährleistung gemeinsamer Rechtsstandards hinsichtlich des europäischen Asylrechts und einer einheitlichen Zuwanderungspolitik zuordnen (ebd.).

Der steigende Bedarf an tragfähigen und vorausschauenden Strategien im Bereich der inneren Sicherheit der EU stellt eine Folge verschiedener historischer wie aktueller Entwicklungen dar. Eine Schlüsselrolle spielt dabei das Inkrafttreten des sogenannten Schengener Abkommens (im Jahr 1995). Seither können sich Bürger*innen des Schengen-Raums sowie Inhaber*innen eines Schengenvisums innerhalb weiter Teile der EU ohne Passkontrollen frei bewegen. Dass die Abschaffung der Binnengrenzen eine stärkere Zusammenarbeit im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit erfordert, liegt auf der Hand, da sich nun, neben Urlauber*innen oder Geschäftsreisenden eben auch Menschenhändler*innen, Waffenschmuggler*innen oder Terrorist*innen frei bewegen können. So tritt bereits vor diesem Hintergrund die Gewährleistung der inneren Sicherheit in der EU in besonderem Maße als europäische Gemeinschaftsaufgabe hervor.

Die EU entwickelte deshalb eine gemeinsame Sicherheitsstrategie, die „sich auf die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, Cyberkriminalität und gewalttätiger Radikalisierung“ konzentriert (ebd.) und gleichsam den Kern der Sicherheitsunion der EU bildet: Dabei handelt es sich um einen offenen Handlungsrahmen, innerhalb dessen in Sicherheitsfragen auf der europäischen Ebene zusammengearbeitet werden soll. Betrachtet man die übergeordneten Maßnahmen und Handlungsfelder der Sicherheitsunion, wird jedoch schnell deutlich, dass die Bekämpfung des Terrorismus in Europa heute den höchsten Stellenwert besitzt. Prioritäten der Sicherheitsunion sind:

- Erstens zählt hierzu die Schaffung von „mehr Sicherheit an den Außengrenzen [der EU]“. Zentral sind in diesem Bereich die Umsetzung strikter Kontrollen der EU-Außengrenzen und die Einführung eines EU-weiten Informationssystems, dass alle Menschen, die die EU betreten oder verlassen, registriert.
- Zweitens geht es um die „Verbesserung des Informationsaustauschs“ zwischen den EU-Staaten. Hierbei steht insbesondere die Stärkung Europol im Mittelpunkt. Der zentralen europäischen Sicherheitsbehörde soll besserer Zugang zu Datenbanken und Informationen, die auf den nationalen Ebenen gesammelt werden, ermöglicht werden.
- Drittens erhält die „Einengung des Operationsfelds von Terroristen“ Priorität. Dies beinhaltet insbesondere schärfere Kontrollen im Bereich der Waffengesetzgebung sowie die Vertiefung von Maßnahmen, die sich verstärkt gegen die Finanzierung terroristischer Vereinigungen und Strukturen richten.
- Zudem wird viertens verstärkt auf „Radikalisierungsprävention“ gesetzt. Dieser Aspekt bezieht sich vor allem auf die Bekämpfung terroristischer Propaganda im Internet. Insbesondere soll hier-

zu deutlich enger mit Kommunikationsunternehmen und Betreiberunternehmen von Servern und Internetseiten zusammengearbeitet werden (Europäische Kommission, „Sicherheitsunion“, online; Europäische Kommission, „Tenth Progress Report“, online).

Herausragende Akteure für den Ausbau der Sicherheitsunion und damit auch die Umsetzung der EU-Sicherheitsstrategie sind der/die Kommissar*in der Europäischen Kommission für die Sicherheitsunion, aktuell Julian King, aber auch für Migration, Inneres und Bürgerschaft, aktuell Dimitris Avramopoulos.

Wie der Vorstoß der Europäischen Kommission, eine Sicherheitsunion ins Leben zu rufen, ist auch das Amt von Julian King relativ jung. Der neue Handlungsrahmen wurde erst 2016 auf den Weg gebracht, was die hohe Relevanz anzeigt, welche die EU der europäischen inneren Sicherheit zumisst – als Gemeinschaftsaufgabe und vor dem Hintergrund der jüngsten Terroranschläge. Die geteilte Zuständigkeit zwischen den beiden genannten Kommissaren ist zudem ein Indiz dafür, dass neben polizeilichen und geheimdienstlichen Maßnahmen auch der gesellschaftliche Aspekt – also die Schaffung gesellschaftlicher Strukturen, die Kriminalität und Terrorismus vorbeugen können, indem Menschen gut in die Gesellschaft integriert werden – unerlässlich für die Bekämpfung des Terrorismus in Europa ist.

Der Wille, die genannten Prämissen auch effektiv umzusetzen, wurde durch die Schaffung des Europäischen Terrorabwehrzentrum (ECTC, European Counter Terrorism Center) als Teil von Europol besonders deutlich. Das ECTC soll systematisch gegen Terrorismus in Europa vorgehen. Diese Aufgabe ist alles andere als leicht – denn sie setzt nicht allein die Harmonisierung von Datenbanken und damit auch technisches Spezialwissen voraus. Sie bedarf auch einer gemeinsamen Strategie aller EU-Staaten, einer effizienten Kommunikation mit vielen verschiedenen Partnern und somit eines hohen Maßes an gegenseitigem Vertrauen zwischen den Staaten Europas.

Mit Blick auf die Terrorismusbekämpfung macht Europol heute den „jihadistischen Terrorismus“ als besonderes Risiko aus, neben dem „rechtsgerichteten Extremismus“ und dem „ethno-nationalistischen Terrorismus“ (Europol, „Terrorism“, online), wobei sich die letzte Bezeichnung auf terroristische Gewaltakte separatistischer Gruppen bezieht. Um ihn zu bekämpfen, so konnte gezeigt werden, bedarf es mehrerer ineinandergreifender Mechanismen – der inneren Sicherheit, der Außen- und Sicherheitspolitik, sowie einer gelungenen europäischen Integrationspolitik.



2.3 Arbeitsaufträge (Unterrichtseinheit 2)

Arbeitsauftrag 1 (direkt einsetzbar):

Runder Tisch – Wie entsteht Terrorismus?

Terrorismus ist ein europaweites Problem. Mit ihren Anschlägen reißen die Terrorist*innen Menschen, Jung und Alt, in den Tod und verbreiten Angst und Schrecken. Doch wie werden junge Europäer*innen eigentlich zu Terrorist*innen? Und was kann Europa gegen den Terrorismus unternehmen?

- ✓ Ihr veranstaltet einen „Runden Tisch“ zum Thema Terrorismusbekämpfung. Gemeinsam überlegt ihr, welche Maßnahmen in der EU getroffen werden müssen, um dem Terrorismus Einhalt zu gebieten.
- ✓ Trennt dabei zwischen Sicherheitsmaßnahmen durch Behörden wie Europol, der Strafverfolgungsbehörde der Europäischen Union, und gesellschaftlichen Maßnahmen in Deutschland und Europa. Dabei könnt ihr auch diskutieren, wieso Menschen überhaupt zu Terrorist*innen werden – was muss einer/einem jungen Europäer*in widerfahren sein, dass er oder sie sich dazu entschließt, einen Terroranschlag zu begehen? Und was muss passieren, damit sich Menschen erst gar nicht dazu entschließen, zu Terrorist*innen zu werden?
- ✓ Am „Runden Tisch“ kommt jeder zu Wort. Legt deshalb bei der Vorbereitung fest, wie lange jeder sprechen darf. Der oder die Moderator*in moderiert die gemeinsame Diskussion. Eure Diskussionsergebnisse haltet ihr in einem Protokoll fest. Es muss also mindestens eine/einen (oder zwei) Protokollführer*innen geben.





Arbeitsauftrag 2:

Oxford-Debatte – Freiheit oder Sicherheit?

Bei der Oxford-Debatte entwickelst du mit deinem Team starke Argumente, um das gegnerische Team von deiner Position zu überzeugen.

Eine klassische Frage, die beim Thema Sicherheit von höchster Brisanz ist, ist, was mehr zählt: Freiheit oder Sicherheit?

Denn die Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus bedeuten auch, dass die EU immer mehr Daten über dich sammelt – natürlich nie ohne Grund. Trotzdem, damit weniger passieren kann, muss viel kontrolliert werden – ob im Internet, wenn es um die freie Meinungsäußerung geht, oder auf der Straße, wenn mehr Polizisten unterwegs sind, Rucksäcke vor Rockkonzerten kontrolliert werden müssen und du auf Schritt und Tritt von Kameras überwacht wirst – zu deinem Schutz, versteht sich.

Während der Oxford-Debatte zu diesem Thema überlegt sich Team A, was für mehr Überwachung spricht und Team B, was für weniger Kontrollen spricht. Nachdem jedes Team überlegt hat, wie die eigene Position verteidigt werden kann, beginnt die Debatte. Hierzu einige Regeln:

- ✓ Der oder die Moderator*in stellt die Fragen. Jede Frage muss nacheinander erst von Team A und dann von Team B beantwortet werden. Dabei gibt es strikte Zeitvorgaben für die Beantwortung jeder Frage (immer drei Minuten Antwortzeit pro Team).
- ✓ Zudem gibt es eine strikte Reihenfolge der Sprecher*innen, die nacheinander auf die Fragen reagieren. Dabei muss vorher eine Reihenfolge festgelegt werden, wer zuerst spricht und wer später an der Reihe ist.
- ✓ Alle Mitglieder eines Teams sollten wenigsten einmal ans Rednerpult treten und sich einer der Fragen des oder der Moderator*in stellen.

Bei der Oxford-Debatte können natürlich auch ganz andere Themen gewählt werden. Hauptsache, es wird messerscharf argumentiert!



2.4 Kommentierte Linksammlung



Informationen zur außenpolitischen Agenda der EU, der „Global Strategy“

<https://europa.eu/globalstrategy/en/global-strategy-foreign-and-security-policy-european-union>

Das Internetportal der EU informiert durch Texte, Fotostrecken und Videos über Stand und Zielsetzungen der Außen- und Sicherheitspolitik der EU.

Federica Mogherini spricht über die außenpolitische Prioritäten der EU

https://ec.europa.eu/commission/priorities/stronger-global-actor_de

In ihrer Rede betont Federica Mogherini, Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, dass die EU "Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne" bekommen muss. Auf dieser Internetseite der Europäischen Kommission werden zudem Kerninformationen zu ihrem Amt gegeben.

Informationen zur Sicherheitsunion der EU

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-3082_de.htm

Hier geht es zu den aktuellen Zielsetzungen der Europäischen Union in Sachen innere Sicherheit.

Informationen zu Europol und das ECTC

<https://www.europol.europa.eu/de/about-europol>

<https://www.europol.europa.eu/publications-documents/ectc-european-counter-terrorism-centre-infographic>

Die Internetseiten informieren über Europol, dem Polizeiorgan der EU, sowie über das neue Terrorabwehrzentrum (ECTC) der EU. Folgt man dem zweiten Link, lässt sich eine Infographik herunterladen, die Aufbau und Zielsetzungen des ECTC darstellt.

Informationen des Verfassungsschutzes zum Thema Islamismus

<https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/pb-islamismus>

Auf seiner Internetseite informiert das Bundesamt für Verfassungsschutz über „Islamismus“ sowie weitere Formen des Extremismus in Deutschland.

2.5 Quellenverzeichnis



Europol, „Terrorism“, Europäische Union, URL : <https://www.europol.europa.eu/crime-areas-and-trends/crime-areas/terrorism>.

Europäische Union, „Priorities of the EU Global Strategy“, Europäische Union [online] URL: <https://europa.eu/globalstrategy/en/priorities-eu-global-strategy>.

Europäische Union, „Inneres und Justiz“, *Europäische Union* [online], 2017, URL: https://europa.eu/european-union/topics/justice-home-affairs_de.

Europäische Kommission, „Sicherheitsunion: EU-Kommission setzt sicherheitspolitische Prioritäten um“, *Europäische Kommission* [online] (2017), URL: https://ec.europa.eu/germany/news/20170907-Sicherheitsunion_de.

Europäische Kommission, „Tenth progress report towards an effective and genuine Security Union“, *Europäische Kommission* [online], 2017. URL: https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/european-agenda-security/20170907_tenth_progress_report_towards_an_effective_and_genuine_security_union_en.pdf.

Die verwendeten Graphiken stammen von PRESENTERMEDIA (www.presentermedia.com).

3. Hauptsache Arbeit! Und wo bleibt das Leben? Die Zukunft der Arbeit in Europa

3.1 Einführung in die Unterrichtseinheit

Maßgeblich für den europäischen Arbeitsmarkt und damit auch für die Arbeitsmarktpolitik ist der Europäische Binnenmarkt. Mit seinen vier Freiheiten – dem freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen – wurde ein gemeinschaftlicher Rahmen geschaffen, nicht nur um Handelshemmnisse abzubauen und den Wettbewerb zu beflügeln, sondern auch um Arbeitsplätze zu schaffen (vgl. Europäische Union, “Binnenmarkt“ sowie „Leben und Arbeiten im Binnenmarkt“, online). Darüber hinaus ist die Beschäftigungspolitik zu einem wichtigen Thema der europäischen Institutionen geworden. In der Agenda 2020 des Europäischen Semesters, welches den Rahmen vorgibt, innerhalb dessen die Wirtschaftspolitik der EU-Mitgliedstaaten koordiniert wird, spielt die Förderung der Beschäftigung und damit die Verringerung von Arbeitslosigkeit in Europa eine zentrale Rolle. Und dies mit gutem Grund.

Insbesondere im Zuge der Wirtschaftskrise nach 2008 hat sich die wirtschaftliche Situation in vielen europäischen Staaten teils drastisch verschlechtert. Dies lässt sich zunächst auf die Krise selbst zurückführen. Zudem hat die Krise aber auch bereits vorhandene Strukturschwächen aufgedeckt, auf die es heute zu reagieren gilt. Als besonderes schwerwiegendes Beispiel sei hierfür auf die Krise in Griechenland verwiesen.

Andererseits sehen wir uns heute einem rasanten Wandel der Arbeitswelt gegenüber. Eine aktuelle Studie der Europäischen Kommission spricht von „tectonic shifts“, also tektonischen Verschiebungen, hinsichtlich der Art und Weise wie wir in Zukunft arbeiten werden (European Political Strategy Center, „The Future of Work“, online). Eines der Merkmale dieses Wandels ist die enorme Beschleunigung von Kommunikationsprozessen, die Hand in Hand mit einer Vielzahl neuer technologischer Entwicklungen geht. Ein anderes Merkmal ist die Fragmentierung des Arbeitsmarktes in Europa, womit hier der Wandel von langfristigen und relativ stabilen Arbeitsverhältnissen hin zu projektorientierten, der Tendenz nach kurzfristigen und häufig prekären Arbeitsverhältnissen gemeint ist. Diesen Herausforderungen will sich die EU stellen, um Arbeit, Hand in Hand mit Bildung und Wirtschaft, in weitaus erhöhtem Maße zukunftsfähig zu gestalten.

Um einen Einstieg in die komplexe Thematik der Arbeit in Europa zu ermöglichen, konzentriert sich diese Unterrichtseinheit auf das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in der EU. Dabei stehen weniger die in der Tat vielfältigen Gründe für die nach wie vor relativ hohe Arbeitslosenquote unter Jugendlichen in Europa im Vordergrund. Stattdessen sollen an dieser Stelle zunächst einige übergreifende Fakten und Zusammenhänge aufgezeigt werden, um die Schüler*innen für diese Problematik als gesamteuropäisches Problem zu sensibilisieren und sie dazu in die Lage zu versetzen, strukturiert über Lösungsansätze der EU zu diskutieren. Lernziele sind:



Wissen: Die Schüler*innen erlangen ein Grundverständnis hinsichtlich Intention und Inhalt der EU-Jugendgarantie, dem europäischen Reformvorhaben zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Zudem erlangen die Schüler*innen Grundwissen hinsichtlich des Problems der Jugendarbeitslosigkeit in der EU anhand des Beispiels „Spanien“.



Urteilen: Indem Erfahrungen von arbeitslosen Jugendlichen in der EU (insbesondere mit Blick auf Spanien) im Rahmen der Arbeitsaufträge erfahrbar gemacht werden, werden die Schüler*innen für deren schwierige Situation sensibilisiert. So werden die Schüler*innen zur Ausbildung eines tiefgreifenden Bewusstseins für Aspekte des Problems der Jugendarbeitslosigkeit in Europa angeregt, wodurch sie in die Lage versetzt werden, das Problem auch auf der individuellen Ebene nachzuvollziehen und dabei Probleme und Lösungsstrategien differenziert zu bewerten.



Handeln: Darüber hinaus sind die Schüler*innen aufgefordert, sowohl über die eigene Zukunft als auch über die Zukunft Jugendlicher in der EU in einen strukturierten Dialog zu treten und damit proaktiv auf den eigenen zukünftigen Lebensweg als Bürger*innen der EU Einfluss zu nehmen. Dies geschieht u.a. im Rahmen des Rollenspiels „Rundherum verhandeln“, wobei hier zudem erfolgreiches Verhandeln trainiert wird, also die gemeinsame Entwicklung prioritärer Interessen und überzeugender Argumente sowie einer gemeinsamen Verhandlungsstrategie, die Koordination von Abstimmungs- und Aushandlungsprozessen und dabei nicht zuletzt ein selbstsicheres Auftreten.

3.2 Kerninformationen für Lehrkräfte: Jugendarbeitslosigkeit in der EU



Nach wie vor stellt die Jugendarbeitslosigkeit in der EU eine gewichtige Herausforderung dar. Trotz deutlicher Verbesserungen seit der Eurokrise (2010) und der in den Folgejahren rasant steigenden Arbeitslosigkeit in der EU, ist die Lage für die Jugendlichen vieler europäischer Länder noch immer prekär. Dies betrifft, neben einigen osteuropäischen Ländern, insbesondere Griechenland, Spanien und Italien. Um auf dieses Problem zu reagieren, hat die EU ein umfassendes Reformprogramm ins Leben gerufen: die EU-Jugendgarantie. Mit einem kurzen Blick nach Spanien und sodann auf die EU-Jugendgarantie werden zwei praxisnahe Zugänge zu dem komplexen Thema „Arbeit und Arbeitslosigkeit in der EU“ aufgezeigt, die die Arbeit mit der aktuellen Unterrichtseinheit im Unterricht erleichtern sollen.

Ein Blick nach Spanien

Wie ein Blick in aktuelle Statistiken zeigt, lässt sich seit 2013 zwar ein Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit in der EU verzeichnen, nichtsdestotrotz sind immer noch 16,2 Prozent der 15- bis 24-Jährigen in der EU arbeitslos. Gravierend dabei sind vor allem die signifikanten Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten. So sind in Deutschland 6,6 Prozent der Jugendlichen ohne Arbeit, während die Quote in Spanien bei 37,9 Prozent liegt. Damit ist Spanien nach Griechenland das EU-Land mit den meisten arbeitslosen Jugendlichen (Stand: November 2017; Statista, „Jugendarbeitslosenquote“, online). Ist die hohe Arbeitslosigkeit europäischer Jugendlicher an sich schon frappierend, lässt das Gefälle zwischen den Staaten zudem auf gravierende Formen sozialer Ungleichheit innerhalb der EU schließen.

Dieses Gefälle bleibt signifikant, wenn man eine weitere Messgröße hinzuzieht. Um diejenigen Jugendlichen zu erfassen, die sich weder in einer Ausbildung formeller oder informeller Natur befinden noch einer bezahlten Tätigkeit nachgehen, wurde die NEET-Quote entwickelt. Dabei steht NEET für „young people neither in employment nor in education or training“ (Eurostat, „Statistics on young people neither in employment nor in education or training“, online; zu dieser Quote siehe auch: Bundeszentrale für politische Bildung, „Jugendarbeitslosigkeit in Europa“, online; sowie Konrad-Adenauer-Stiftung, „Jugendarbeitslosigkeit in Europa“, online). Ihren Kriterien entsprechend nimmt diese Quote vor allem arbeitslose Jugendliche mit besonders geringen Chancen in den Fokus, die häufig aus den bildungsfernen Schichten stammen. In Deutschland liegt die NEET-Quote bei 12,4 Prozent, während sie in Spanien 22,8 Prozent beträgt. In der gesamten EU liegt sie bei 18,3 Prozent (Eurostat, „File: Share of young people neither in employment nor in education and training, by sex and age, 2016.PNG“, Graphik, online).

Fragt man nach den Gründen für dieses soziale Gefälle innerhalb der EU, lässt sich zunächst auf die wirtschaftliche Situation in den einzelnen Ländern verweisen. Darüber hinaus lohnt es sich jedoch, die Unterschiede in den nationalen Bildungssystemen in Betracht zu ziehen. Dabei lässt sich feststellen, wie Dingeldey ausführlich, dass insbesondere solche Länder besser abschneiden, die ein Ausbildungssystem mit hohem Praxisanteil favorisieren und somit eine langfristige Strategie der Befähigung und der schrittweisen Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt verfolgen, wie z.B. die duale Ausbildung in Deutschland. Demgegenüber schneiden Länder in denen ein „work-first“-Ansatz verfolgt wird, schlechter ab. Bei diesem Ansatz wird auf eine schnelle Arbeitsmarktintegration gesetzt, ohne dabei strukturiert auf den Übergang von Schule oder Studium ins Berufsleben Einfluss zu nehmen (Dingeldey, „Jugendarbeitslosigkeit in Europa, online).

In Spanien lässt sich ein solches Vorgehen diagnostizieren. Wie Dingeldey verdeutlicht, ist der Praxisanteil innerhalb der Ausbildung junger Menschen eher gering, ebenso wie die Unterstützung durch die staatliche Arbeitsvermittlung beim Übergang zwischen Schule und Ausbildung und Berufsleben (ebd.). Hinzu kommt, dass auch die staatliche finanzielle Unterstützung für Arbeitslose kaum greift, da Arbeitslose, die

weniger als ein Jahr gearbeitet haben, noch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben und Mindestsicherungsleistungen vor allem bei Jugendlichen zunächst an den Haushalt der Eltern gekoppelt sind (vgl. ebd.). So rückt die Familie als soziales Sicherungssystem in den Vordergrund, ohne dass zusätzliche Anreize für eine Arbeitsaufnahme entstehen würden. Als weiterer Kritikpunkt wird angeführt, dass Unternehmen zwar subventioniert werden, um Arbeitsplätze zu schaffen, die so geschaffenen Stellen aber häufig wieder entfallen, sobald die staatlich geförderte Maßnahme endet (ebd.). Die EU-Jugendgarantie will zur Schließung eben dieser Lücke zwischen Ausbildung und Berufsleben beitragen.

Die EU-Jugendgarantie

Ausgehend von einem entsprechenden Vorschlag der Europäischen Kommission und einer nachfolgenden Empfehlung des Rats der Europäischen Union, wurde die EU-Jugendgarantie (im Sinne einer Empfehlung, d.h. einem unverbindlichen Rechtsakt der EU) 2013 rechtskräftig. Nach wie vor ist die EU-Jugendgarantie der übergeordnete Rahmen und primäres Mittel der EU zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Dabei wird davon ausgegangen, dass gerade der Übergang zwischen Schule und Beruf die besondere Gefahr für junge Menschen birgt, nicht nur arbeitslos zu werden, sondern auch in die langfristige Arbeitslosigkeit abzudriften. Diese Übergangsphase zügig und zielführend zu überwinden, ist das primäre Ziel dieses EU-weiten Reformvorhabens und den damit einhergehenden Maßnahmen.

So informiert die Europäische Kommission, dass es sich bei der EU-Jugendgarantie „sowohl um eine Strukturreform zur massiven Verbesserung des Übergangs von der Schule in Berufsleben als auch eine Sofortmaßnahme zur Förderung der Beschäftigung junger Menschen“ handelt (Europäische Kommission, „Die EU-Jugendgarantie Fragen und Antworten“, online). Kern der Empfehlung des Rats ist dabei, dass „jungen Menschen binnen vier Monaten nach Verlust einer Arbeit oder dem Verlassen der Schule eine hochwertige Arbeitsstelle bzw. weiterführende Ausbildung oder ein hochwertiger Praktikums- bzw. Ausbildungsplatz angeboten wird“ (Rat der Europäischen Union, Empfehlung des Rates vom 22. April 2013 zur Einführung einer Jugendgarantie, online). Dabei kann ein „Angebot einer weiterführenden Ausbildung [...] auch qualitativ hochwertige Schulungsprogramme, die zu einer anerkannten Berufsqualifikation führen, umfassen“ (ebd.).

Damit richtet sich die Reform an „Ausbildungs-, Arbeitsvermittlungs- und Bildungssysteme“ der Mitgliedstaaten, die durch ineinandergreifende Maßnahmen darauf hinwirken soll, dass junge Menschen wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden (Europäische Kommission, „Die EU-Jugendgarantie Fragen und Antworten“, online). Damit einher gehen gegebenenfalls Reformen der öffentlichen Arbeitsverwaltungen, Verbesserungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung und zudem eine stärkere Konzentration auf die Aktivierung und Eingliederung der arbeitsmarktferntesten Personen – also der NEET-Personen (ebd.). Ländern mit einer besonders hohen Quote junger Arbeitsloser empfiehlt die EU dabei spezifische Maßnahmenpakete. Wie die Europäische Kommission schreibt, zählen dazu „aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die Stärkung der öffentlichen Arbeitsverwaltung, Unterstützung für Praktika und Lehrstellen und die Bekämpfung des frühen Schulabgangs sowie gezielte Öffentlichkeitsarbeit“, die für die entsprechenden Maßnahmen wirbt (ebd.).

Auch wenn sich Verbesserungen nur schrittweise einstellen, zählt die EU-Jugendgarantie zu einem der Erfolgsprojekte der EU. Nach Angaben der Europäischen Kommission haben seit 2014 „16 Millionen Jugendliche von den Jugendgarantie-Programmen profitiert“, vor allem indem im Rahmen entsprechender Programme Stellen vermittelt oder im Anschluss von Maßnahmen direkt angetreten werden konnten (Europäische Kommission, „Sinn und Zweck der Jugendgarantien“, online). Zudem ist die Jugendarbeitslosigkeit seit 2013 von 23,7 Prozent auf 18,7 Prozent (2016) zurückgefallen, wie die Kommission berichtet (ebd.). Dabei ist der Rückgang in der Arbeitslosigkeit natürlich keinesfalls auf politische Initiativen allein zurückzuführen, sondern muss grundsätzlich mit Konjunkturprozessen in der Wirtschaft und weiteren Faktoren zusammengedacht werden. Nichtsdestotrotz veranschaulicht die EU-Jugendgarantie, wie sich eine erfolgreiche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene gestalten lässt.



3.3 Arbeitsaufträge (Unterrichtseinheit 3)

Arbeitsauftrag 1 (*direkt einsetzbar*):

Jugendarbeitslosigkeit in der EU – Fallbeispiel Spanien

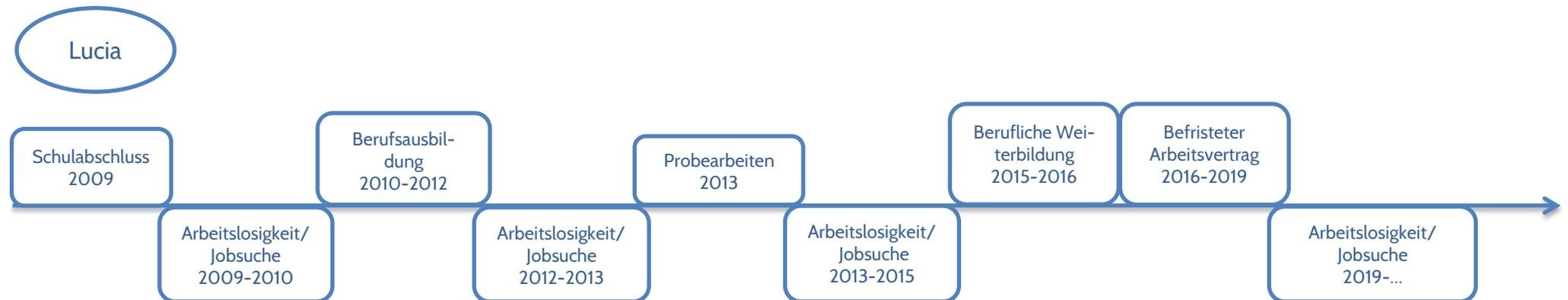
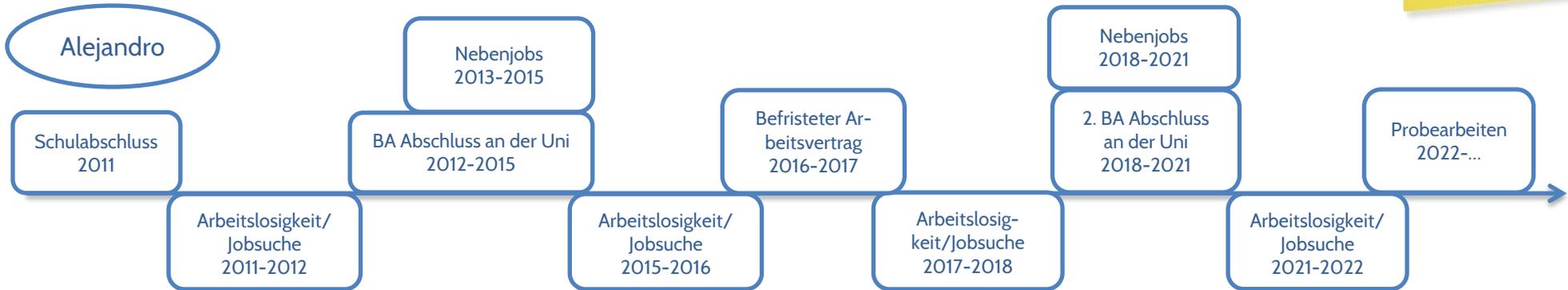
Javier (20), Lucia (23) und Alejandro (25) sind richtig sauer. Zusammen gehen sie auf die Straße, um zu protestieren, damit sich endlich etwas ändert. Sie wollen arbeiten, um endlich auf eigenen Beinen zu stehen. Doch in Spanien Arbeit zu finden, scheint völlig unmöglich zu sein. Selbst Alejandro, der bereits seinen MA im Bereich Stadt- und Regionalplanung in der Tasche hat, bekommt höchstens Mal einen Job als Fremdenführer oder Barmann, kurzfristig und auf Zeit. Javier und Alejandro wohnen noch bei ihren Eltern, Lucia bei ihrer Schwester und deren Mann. Denn für die eigene Wohnung reicht das Geld bei den dreien schon gar nicht, nicht mal für Alejandro, der beim Staat Arbeitslosengeld beantragt hat.

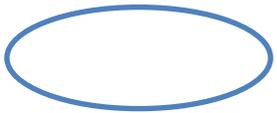
- ✓ Unten werden die Lebensverläufe von Lucia und Alejandro im Überblick dargestellt. Schau sie dir einmal an und diskutiere sie gemeinsam mit deinen Klassenkamerad*innen. Könnt ihr die Unzufriedenheit der drei verstehen?
- ✓ Und wie steht es um deine eigenen Zukunftspläne? Wo stehst du gerade und wie wird es bei dir weitergehen? Ordne deine Zukunftsstationen entsprechend deinen Vorstellungen, so wie es bei dir weitergehen soll. Gib dabei auch die Zeiträume mit Jahreszahlen an.
- ✓ Stelle deinen zukünftigen Lebenslauf deinen Mitschüler*innen vor und vergleicht eure Zukunftsvisionen untereinander.
- ✓ Diskutiert: Was müsst ihr tun, damit alles klappt, wie ihr es euch vorstellt und welche Probleme könnten sich ergeben?

Mögliche Zukunftsstationen: Schulabschluss – Berufsausbildung – BA-Abschluss an der Uni – MA-Abschluss an der Uni – Auslandsaufenthalt – Praktikum – Freiwilliges soziales Jahr – Arbeit – erster Job – befristeter Arbeitsvertrag – Nebenjob – Festanstellung – Probearbeiten



Europa diskutiert







Arbeitsauftrag 2:

Die EU-Jugendgarantie verstehen – Rollenspiel „Rundherum verhandeln“

Aufgabe: Macht euch mit den EU-Jugendgarantie vertraut. Teilt euch in Teams auf und organisiert ein Rollenspiel. Ziel des Spiels ist es, ein gemeinsames Maßnahmenpaket zu schnüren, das dazu beiträgt, Jugendarbeitslosigkeit in Zukunft zu verringern. Aber Achtung! Die Maßnahmen kosten Geld und jedes Team hat nur eine begrenzte Summe Euro zur Verfügung. Es werden sich also nicht alle Maßnahmen umsetzen lassen. Damit es spannend wird, sollten insgesamt wenigstens zwölf Maßnahmen zur Auswahl stehen, aber nur zehn Maßnahmen bezahlbar sein.

- ✓ Jedes Team übernimmt dabei die Rolle einer der unten genannten Personen oder Organisationen.
- ✓ Beratet zunächst in den Teams, was ihr in eurer neuen Rolle für Interessen habt (Phase 1).
- ✓ Wenn ihr wisst, was ihr wollt, verhandelt eure Anliegen mit den anderen Teams in bilateralen Team-Treffen. Die Treffen können parallel zueinander verlaufen (Phase 2).
- ✓ Haltet die Ergebnisse fest und besiegelt euer Übereinkommen mit allen anderen Teams durch die Aufstellung eines Zehn-Punkte-Plans (Phase 3).

Wenn ihr wollt, könnt ihr die vorgegeben **Rollen** übernehmen. Überlegt, welche Interessen diese Akteure und Organisationen hegen könnten. Ihr könnt euch aber auch selbst Rollen ausdenken. Nehmt die unten aufgeführten **Argumente und Maßnahmen** als Ausgangspunkt für eure eigenen Überlegungen.

Rollen:

Kommissar*in der Europäischen Kommission für Beschäftigung, Soziales, Qualifikation und Arbeitskräftemobilität

Vorsitzende*r des Ausschusses des Europäischen Parlaments für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Als deutsche*r Bundesminister*in für Arbeit und Soziales kennst du nicht nur die deutsche Position zum Thema Jugendarbeitslosigkeit sondern kannst außerdem aus dem Rat der Europäischen Union für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz berichten.

Als Präsident*in eines großen europäischen Arbeitgeberverbandes hast du die Interessen aller Arbeitgeber*innen in Europa im Blick.

Als Vorsitzende*r einer großen europäischen Gewerkschaft vertrittst du die Interessen der Arbeitnehmer*innen in Europa.

Du hast gerade deine Ausbildung oder dein Studium abgeschlossen, doch du findest keine Arbeit. **Gemeinsam mit anderen arbeitslosen Jugendlichen** organisierst du dich und berätst, was zu tun ist.



Forderungen:

Wir wollen, dass Unternehmen öffentliche Gelder erhalten, damit sie mehr Ausbildungsplätze schaffen.

Wir wollen dass das, was man in der Schule, in der Ausbildung und an der Uni lernt, wirklich etwas nützt, um später einen guten Job zu machen. Schule, Ausbildung und Studium müssen zum Arbeitsmarkt passen.

Wir wollen eine Infokampagne starten, die Jugendlichen zeigt, wer ihnen zur Seite steht, wenn es darum geht, in den Arbeitsmarkt einzusteigen.

Wir wollen, dass vor allem Jugendliche, die die Schule abgebrochen haben, darin unterstützt werden, eine gute Ausbildung und eine gute Arbeitsstelle zu finden.

Wir wollen, dass Jugendliche gut darüber informiert werden, wie sie ihre beruflichen Ziele erreichen können.

Wir wollen, dass Unternehmen öffentliche Gelder erhalten, damit sie mehr Ausbildungsplätze schaffen.

Wir wollen, dass Unternehmen Jugendlichen öfters die Chance geben, bei sich zu arbeiten, dabei gutes Geld zu verdienen und noch etwas dazu zu lernen. Und das muss auch für Jugendliche gelten, die ohne gute Noten von der Schule oder von der Uni abgehen.



3.4 Kommentierte Linksammlung



Magazin-Artikel zum Thema Jugendarbeitslosigkeit in Europa auf www.jetzt.de

<https://www.jetzt.de/job/jugendarbeitslosigkeit-in-europa-so-fuehlt-sich-das-an>

Das Online-Magazin jetzt.de lässt drei Jugendliche aus Deutschland, Frankreich und Spanien von ihren Erfahrungen als junge Arbeitslose berichten.

Entwicklungen und Statistiken zur Jugendarbeitslosigkeit in Europa von der Deutschen Welle

<http://www.dw.com/de/jugend-ohne-zukunft/a-41454234>

In dem kurzen Artikel „Jugend ohne Zukunft“ von der Deutsche Welle werden aktuelle Entwicklungen und Zahlen zum Thema Jugendarbeitslosigkeit in Europa prägnant aufbereitet.

Informationen über die EU-Jugendgarantie der Europäischen Kommission

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1079&langId=de;>

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-4102_de.htm

Mit Text und einem Video berichtet die EU-Kommission über die Ziele und Inhalte der EU-Jugendgarantie. Der zweite Link führt zu einem Factsheet der Europäischen Kommission, in dem sie über den aktuellen Stand der Umsetzung der Jugendgarantie berichtet.

Youtube-Kanal des Europäischen Sozialfonds Deutschland (ESF-Deutschland)

<https://www.youtube.com/user/ESFmeineGeschichte/videos>

Im Rahmen der Aktion „Meine Geschichte“ porträtiert der ESF-Deutschland in mehreren kurzen Videos junge Menschen, die eine erfolgreiche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt erfahren haben. Der ESF-Deutschland verwaltet und verwendet Gelder, die Deutschland von der EU, d.h. aus dem Europäischen Struktur und Investitionsfonds (ESI-Fonds), erhält. Maßnahmen der EU-Jugendgarantie werden durch den ESF-Deutschland gefördert. Dabei unterliegt der ESF-Deutschland der Steuerung der Bundesregierung und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Der achte Europäische Sozialfonds (2014-2020)

<http://www.esf.de/portal/DE/Ueber-den-ESF/Geschichte-des-ESF/Foerderperiode-2014-2020/inhalt.html>

Hier informiert die Bundesregierung über den achten Europäischen Sozialfonds Deutschlands. Es wird erklärt, wie Gelder, die Deutschland von der EU erhält, d.h. aus dem Europäischen Struktur und Investitionsfonds (ESI-Fonds), verwendet werden.

3.5 Quellenverzeichnis



Dingeldey, Irene, Marie-Luise Assmann, Lisa Steinberg, "Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Ein komplexes Problem – verschiedene Antworten", Bundeszentrale für politische Bildung [online], 2017. URL: <http://www.bpb.de/apuz/250667/jugendarbeitslosigkeit-in-europa-ein-komplexes-problem-verschiedene-antworten?p=all>.

Europäische Kommission, „Die EU-Jugendgarantie Fragen und Antworten“, Europäische Kommission [online], 2015. URL: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-4102_de.htm.

Europäische Kommission, „Sinn und Zweck der Jugendgarantien“, Europäische Kommission [online]. URL: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1079&langId=de>.

European Political Strategy Center, „The Future of Work“, EPSC Strategic Notes 13/2016, Europäische Kommission [online], 2016. URL: https://ec.europa.eu/epsc/sites/epsc/files/strategic_note_issue_13.pdf.

Eurostat, “Statistics on young people neither in employment nor in education or training”, Eurostat, Europäische Kommission, 2017. URL: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Statistics_on_young_people_neither_in_employment_nor_in_education_or_training.

Europäische Union, „Binnenmarkt, EUR-Lex, Access to European Union law. URL: http://eur-lex.europa.eu/summary/chapter/internal_market.html?locale=de&root_default=SUM_1_CODED%3D24.

Europäische Union, „Leben und Arbeiten im Binnenmarkt“, EUR-Lex, Access to European Union law. URL: http://eur-lex.europa.eu/summary/chapter/internal_market/2402.html?root=2402.

Eurostat, “File:Share of young people neither in employment nor in education and training, by sex and age, 2016.PNG, online”, Eurostat [Tabelle online], 2016. URL: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Share_of_young_people_neither_in_employment_nor_in_education_and_training_by_sex_and_age_2016.PNG.

Konrad-Adenauer-Stiftung, „Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Eine europäische Verantwortung“, Konrad Adenauer Stiftung [online], 2017. URL: <http://www.kas.de/wf/de/33.49667/>.

Rat der Europäischen Union, Empfehlung des Rates vom 22. April 2013 zur Einführung einer Jugendgarantie“, EUR-Lex, Access to European Union law, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32013H0426%2801%29>.

Statista, “Europäische Union: Jugendarbeitslosenquoten in den Mitgliedsstaaten im November 2017”, Statista, Das Statistikportal [online], 2017. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/>.

Die verwendeten Graphiken stammen von PRESENTERMEDIA (www.presentermedia.com).

4. Die EU der Zukunft gemeinsam gestalten! Alte und neue Formen der europäischen Integration

4.1 Einführung in die Unterrichtseinheit

Die letzte Unterrichtseinheit wirft abschließend den Blick nach vorn. Im Mittelpunkt der Unterrichtseinheit stehen deshalb verschiedene Modelle europäischer Integration, Hand in Hand mit konkreten Visionen hinsichtlich der Zukunft der EU, wie sie von verschiedenen europapolitischen Akteuren und nicht zuletzt der Europäischen Kommission artikuliert worden sind. Diese Visionen gilt es, vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen kritisch zu hinterfragen. Dabei wird dem Argument Rechnung getragen, dass die klassische Annahme einer schrittweise erfolgenden europäischen Integration so nicht mehr zutreffend ist. Stattdessen zeichnet sich im Lichte aktueller Krisen und neuer Entwicklungen eine differenzierte Integration Europas ab. Europa im Wandel muss aber keinesfalls eine Auflösung Europas bedeuten. Vielmehr ist es an uns – und insbesondere an den jungen Europäer*innen heute – neue Wege einer konstruktiven Zusammenarbeit in Europa zu beschreiten, ohne dabei bisherige Erfolge und bereits bestehende Zukunftschancen außer Acht zu lassen.

Wie gestaltet sich also die europäische Integration heute, und wie wird Europa in fünf, zehn oder 15 Jahren aussehen? Diese Frage beantworten die Schüler*innen, wenn sie sich mit den fünf sogenannten „Juncker-Szenarien“, wie sie von der Europäischen Kommission im Weißbuch zur Zukunft Europas publiziert wurden, interaktiv auseinandersetzen. Denn in dieser Unterrichtseinheit gilt es sodann, selbst ein Zukunftsszenario zu entwickeln – entlang aktueller Entwicklungen und Ereignisse der Europapolitik. Mit der Aufforderung an die Schüler*innen, ein eigenes Szenario zur Zukunft Europas zu gestalten, werden weitreichende und komplexe Entwicklungen wieder fassbar und fordern gleichsam die analytischen Fähigkeiten ebenso wie die Kreativität der Schüler*innen heraus. Dabei gestalten sich die Lernziele wie folgt:



Wissen: Die Schüler*innen erlangen Grundwissen zu aktuellen europapolitischen Politikfeldern und Entwicklungen sowie deren Zusammenwirken. Zudem erlangen sie Grundwissen zur Methode der Szenario-Entwicklung.



Urteilen: In der Auseinandersetzung mit den Szenarien der Europäischen Kommission, Hand in Hand mit der eigenständigen Szenario-Entwicklung, werden die Schüler*innen dazu in die Lage versetzt, weitläufige und wirkungsmächtige Entwicklungen innerhalb der EU nachzuvollziehen und diese zu beurteilen.



Handeln: Im Zuge der eigenständigen Entwicklung von Zukunftsszenarien werden die Schüler*innen dazu in die Lage versetzt, sich als EU-Bürger*innen im Kontext weitläufiger und wirkungsmächtiger Entwicklungen innerhalb der EU zu verorten, wobei die Europapolitik als selbst zu gestaltender Raum erlebt wird. Somit wird ihre Fähigkeit, als selbstständige Akteure aktiv an europapolitischen Prozessen teilzunehmen, gestärkt und erweitert.

4.2 Kerninformation für Lehrkräfte: Europäische Integration heute – Hintergründe und Kontroversen

Ein neues Begriffsverständnis entsteht

Der Begriff europäische Integration beschreibt eine Vielzahl von Konzepten, die sich mit den langfristigen strukturellen Veränderungen der EU auseinandersetzen. Dabei ließ sich der Begriff lange Zeit auf den schrittweisen und grundsätzlich offenen Prozess des Zusammenwachsens der Länder Europas und insbesondere der EU-Staaten beziehen, also auf die Vertiefung der gemeinsamen Beziehungen einerseits und die Erweiterung der EU andererseits. Im Zuge ihres Beitritts treten neue EU-Mitglieder dann bereits in den so verstandenen Prozess der europäischen Integration mit ein.



Nach diesem Verständnis lässt sich die Idee der europäischen Integration gut mit einem der zentralen Anliegen der EU in Einklang bringen, nämlich der „Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ (Vertrag über die Europäische Union, Art. 1). Jedoch wird diese Vorstellung von europäischer Integration heute immer häufiger grundlegend in Frage gestellt. Denn so wie sich die EU verändert, scheint es nicht mehr gerechtfertigt zu sein, von einem im Grundsatz gradlinigen und zielorientierten Prozess auszugehen.

So ist in der jüngeren Vergangenheit eine Vielzahl von Konzepten der europäischen Integration entstanden, die bemüht sind, flexiblere Formen der europäischen Zusammenarbeit und damit einhergehende strukturelle Veränderungen der EU besser zu erfassen. Dabei wird teils deskriptiv vorgegangen, wie im EUR-Lex-Portal der EU, teils aber auch normativ, wie beispielsweise im Rahmen des Weißbuchs zur Zukunft Europas der Europäischen Kommission. In dieser Publikation der Kommission, die sich an die breite Öffentlichkeit richtet, werden fünf Zukunftsvisionen zur Zukunft der EU im Jahr 2025 artikuliert. Somit werden mögliche Entwicklungslinien und Ausformungen des europäischen Integrationsprozesses zur Disposition gestellt, von denen einige sicher wünschenswert wären und andere eher kritisch zu betrachten sind. Damit verbunden ist die Frage an alle Europäer*innen, wie wir uns unser Leben in der EU in Zukunft vorstellen und wie sich unsere Zukunftsvisionen der EU umsetzen lassen. Doch welche konkreten Konzepte europäischer Integration finden heute Verwendung?

Konzepte europäischer Integration im Überblick

Das wohl prominenteste Konzept hinsichtlich des europäischen Integrationsprozesses ist sicherlich die Jean-Monnet-Methode, die auf Jean Monnet (1888-1979), einem der Gründungsväter der EU, zurückgeht. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob diese Methode, sozusagen als „Klassiker“, mit Blick auf aktuelle Entwicklungen noch gehobene Relevanz besitzt. In Kürze beschrieben besagt die Monnet-Methode, dass die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten Europas schrittweise erfolgen soll, ohne dabei schon vorher ein finales Ziel vorzugeben, also worin eine zukünftig vertiefte Zusammenarbeit genau bestehen wird, und auch ohne einen Zeitplan vorzugeben (vgl. Hummer, „Konsequenzen“, 146). So entsteht ein offener Rahmen, eine Minimalstruktur, die Rückschritten und Misserfolgen im Integrationsprozess vorbeugen soll, da sie keinen zeitlichen Rahmen oder finale Schlussversion der EU vorgibt (vgl. ebd., 146-147). Nichtsdestotrotz – formales Ziel bleibt die Vertiefung der Zusammenarbeit und Verfestigung der Beziehungen und nicht die Loslösung bereits geschlossener Verträge und Vereinbarungen. Letztere werden weiterentwickelt oder gehen in anschließende Vereinbarungen auf.

Gegenüber der Monnet-Methode hat es sich heute etabliert, von einer differenzierten europäischen Integration zu sprechen. Dabei lässt sich differenzierte Integration als eine Kategorie verstehen, die sich auf unterschiedliche Formen der europäischen Integration bezieht. Letzteren ist jedoch gemeinsam, dass sie nicht mehr eine Entwicklung voraussetzen, deren Fluchtpunkt eine schrittweise Vertiefung der europäi-

schen Zusammenarbeit ist. Stattdessen werden ganz neue und deutlich offenere Formen der europäischen Integration als mögliche Entwicklungslinien beschrieben.

Hierzu zählen die Idee des „Multi-speed Europe“ und auch die des „Variable-geometry Europe“, die beide bereits in der EU zum Tragen kommen. Dabei nimmt die Idee des „Multi-speed Europe“, also die Idee von einem „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“, das Tempo des Integrationsprozesses ins Visier. Das Konzept des „Variable-geometry Europe“ bezieht sich vor allem auf die Tiefe des Integrationslevels.

Das Konzept des „Multi-speed Europe“ sieht vor, dass sich die EU-Staaten nicht gleichzeitig geschlossen auf eine gemeinsame Politik einigen müssen. Stattdessen schließen sie sich schrittweise bestehenden Abkommen an, die zunächst von einigen Vorreitern geschlossen wurden. Dabei wird jedoch vorausgesetzt, dass schlussendlich alle das Ziel verfolgen, den gemeinsamen Abkommen zu gegebener Zeit beizutreten (vgl. EUR-Lex, „Multi-speed Europe“, online). Heute lässt sich bereits ohne weiteres von einem „Multi-Speed Europe“ sprechen, da beispielsweise (noch) nicht alle Länder der Eurozone oder dem Schengen-Raum angehören. Nichtsdestotrotz bleibt dieses Integrationsmodell noch am nächsten an den Vorstellungen von Jean Monnet.

Das Integrationsmodell eines „Variable-geometry Europe“ geht deutlich über die Monnet-Methode hinaus. Denn hier wird nicht mehr vorausgesetzt, dass es eine gemeinsame Zielsetzung geben muss, an der sich alle EU-Staaten orientieren. So könnten sich einzelne Staaten dafür entscheiden, punktuell aus dem Gemeinschaftshandeln auszuscheren, indem bestimmte Politiken und womöglich auch bestimmte Rechtsgrundlagen nicht mitgetragen werden. Festgefahrene Konflikte zwischen einzelnen Staaten ließen sich so womöglich umgehen, was jedoch gleichsam die schrittweise Auflösung des solidarischen Zusammenhalts unter den EU-Staaten bedeuten kann.

In der Praxis kommt in dieser Hinsicht bereits die Vorgehensweise der „Enhanced cooperation“ bzw. der „verstärkten Zusammenarbeit“ zur Anwendung. Danach können Staatengruppen innerhalb der EU hinsichtlich spezifischer Politikfelder kooperieren und ihre nationalen Gesetzgebungen innerhalb dieser Felder einander anpassen. Hierzu müssen sich jedoch immer wenigstens neun EU-Mitgliedsstaaten zusammenfinden. Diese Form der Kooperation kam seit 2013 in unterschiedlichen Bereichen, wie z.B. im Scheidungsrecht und Patentrecht, zum Tragen (EUR-Lex, „Enhanced cooperation“, online).

Eine noch extremere Form der differenzierten Integration wäre zudem das Modell eines „Europe à la carte“ (vgl. EUR-Lex, „Europe à la carte“, online), das zumeist auf die Auflösung aller Verpflichtungen innerhalb der EU rekurriert. Jeder einzelne Staat würde dann nur noch die Politiken mittragen, die gerade im eigenen Interesse liegen – was in der Tat einer Auflösung der EU wie sie heute besteht gleichkommen würde.

Im Weißbuch zur Zukunft Europas werden unterschiedliche Varianten dieser Integrationsmodelle „durchgespielt“. Hier ein kurzer Überblick, wie er sich auch auf der Internetseite der Europäischen Kommission finden lässt:

- **Weiter wie bisher:** Die Europäische Union konzentriert sich auf die Umsetzung ihrer positiven Reformagenda.
- **Schwerpunkt Binnenmarkt:** Die Europäische Union wird schrittweise wieder auf den Binnenmarkt ausgerichtet.
- **Wer mehr will, tut mehr:** Die Europäische Union ermöglicht es Mitgliedstaaten, die dies wünschen, in bestimmten Bereichen mehr gemeinsam zu machen.
- **Weniger, aber effizienter:** Die EU27 konzentriert sich darauf, in ausgewählten Politikbereichen rascher mehr Ergebnisse zu erzielen, unternimmt in anderen Bereichen aber weniger.

- **Viel mehr gemeinsames Handeln:** Die Mitgliedstaaten beschließen, auf allen Politikfeldern viel mehr gemeinsam zu machen“ (Europäische Kommission, „Weißbuch zur Zukunft der EU“, online)

Historische Hintergründe

Die Einführung neuer Begriffe ist natürlich kein Selbstzweck. Ihre Entstehung ist historisch bedingt. Sie werden angesichts neuer Entwicklungen, die klarerer und treffenderer Bezeichnung bedürfen, aufgeworfen und nehmen Einzug in den öffentlichen Diskurs. Gleichzeitig, wie gezeigt werden konnte, korrespondieren sie dabei mit normativen Visionen hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen. So lassen sich auch die beiden Schlüsselkonzepte - die Monnet-Methode und die Idee der differenzierten Integration - historisch verorten.

So stammt die Monnet-Methode aus der „Gründerzeit“ der EU, als sich auf Initiative Frankreichs hin Frankreich und Deutschland dazu entschlossen, ihre gesamte Kohle- und Stahlproduktion zusammenzulegen und unter die Aufsicht einer einzigen gemeinsamen internationalen Organisation zu stellen. Damit entstand die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), auch Montanunion genannt, zu deren Gründungsmitgliedern neben Frankreich und Deutschland auch Belgien, Italien, Luxemburg und die Niederlande zählten. Der Vertrag über die Gründung der EGKS trat 1952 in Kraft. Schlüsselaspekt dieser Gemeinschaft war dabei, dass sie allen weiteren Ländern zum Beitritt offen stand (vgl. LeMO, „Anfänge der europäischen Integration“, online). So wurde mit der EGKS, die ganz im Zeichen der Monnet-Methode stand und an deren Gründung Jean Monnet in der Tat selbst maßgeblich teilhatte, ein enorm wirksamer und für das damalige Europa revolutionärer Rechtsrahmen geschaffen. Vorangetrieben mit dem unbedingten Willen, die furchtbaren Kriege und tiefen Feindseligkeiten in Europa zu überkommen, wurde die EGKS zum Grundstein eines Friedens, der bis heute in weiten Teilen Europas hält.

Will man die Idee der differenzierten Integration als Gegenkonzept zur Monnet-Methode betrachten und sie ihrerseits in der politischen Geschichte Europas verorten, lässt sich als historischer Schlüsselmoment sicherlich das Brexit-Referendum (2016) heranziehen. Dabei wäre der Brexit selbst jedoch eher ein Symptom für eine fortschreitende „Flexibilisierung des Integrationsprozesses“ (Hummer, „Konsequenzen“, 148), die durch das Brexit-Referendum deutlich sichtbar wurde und durchaus das Potenzial hätte - vorausgesetzt weitere Länder folgen Großbritanniens Beispiel - die Monnet-Methode gänzlich auszusetzen (vgl. ebd., 147-148). Eine weitere Diskussion der Hintergründe einer solchen „Flexibilisierung“ ließe sich sodann mit der Frage fortsetzen, ob die EU-Osterweiterung (im Jahr 2004) die Integrationskraft der EU nicht zumindest mittelfristig über die Maßen strapaziert. Will man solche Fragestellungen positiv wenden, ließe sich ebenso gut erörtern, wie sich differenzierte Integration eben als Integration im Sinne der Monnet-Methode und nicht als Desintegration verstehen ließe - also als eine Option für einen gänzliche offenen Integrationsprozess, der sich als durchweg komplexer erweist als gedacht und sich unter neuen historischen Vorzeichen vollzieht, dabei aber den Grundkonsens hinsichtlich einer langfristigen Vertiefung der Zusammenarbeit innerhalb der EU nicht aufgibt.



4.3 Arbeitsauftrag (Unterrichtseinheit 4)

Szenario-Entwicklung – Unsere Zukunft Europas gestalten

Wie wird die EU in fünf, zehn oder 15 Jahren eurer Meinung nach aussehen? Um das herauszufinden, entwickelt ihr zusammen mit euren Mitschüler*innen drei Zukunftsszenarien zur Zukunft der EU. Wie ihr euch die EU in Zukunft vorstellt, könnt ihr aufschreiben. Ihr könnt dazu aber auch ein Poster erstellen, ein Video drehen oder eine Fotostrecke entwickeln.

Wie es geht, wird euch auf der nächsten Seite erklärt – entlang der sogenannten „Juncker Szenarien“, die von der Europäischen Kommission zur Zukunft der EU erarbeitet wurden. Sie werden manchmal „Juncker-Szenarien“ genannt, da sie auf Initiative des Präsidenten der Europäischen Kommission, Herrn Jean-Claude Juncker, hin entwickelt wurden.



Schritt 1 – Ihr beratet euch mit eurer ganzen Klasse, welche Faktoren und Entwicklungen in den nächsten (fünf, zehn oder 15) Jahren wichtig sind und die Zukunft der EU beeinflussen werden. Macht eine Liste von mindestens vier bis fünf Faktoren.

Schritt 2 – Ihr einigt euch auf drei verschiedene Titel oder Überschriften, eine für jedes Szenario. Denn zum Schluss sollen drei Szenarien zustande kommen. Die Titel sollten anzeigen, worauf das Szenario zielt.

Schritt 3 – Ihr teilt euch in drei Gruppen auf. Jede Gruppe wählt einen der drei Titel aus und überlegt, wie sich die nächsten (fünf, zehn oder 15) Jahre mit Blick auf die gewählte Überschrift gestalten werden. Bedenkt dabei die Faktoren aus Schritt 1. Hier ist es wichtig zu zeigen, wie das Eine aus dem Anderen hervorgeht. So entstehen drei Zukunftswege bzw. Szenarien.

Schritt 4 – Erstellt ein Poster, auf dem Schritt für Schritt gezeigt wird, was in den nächsten (fünf, zehn oder 15) Jahren alles passieren wird.

Schritt 5 – Stellt euer Szenario euren Mitschüler*innen vor. Diskutiert zusammen, welchen Weg in die Zukunft ihr am ehesten beschreiten wollt. Wie sieht die Zukunft der EU also aus?

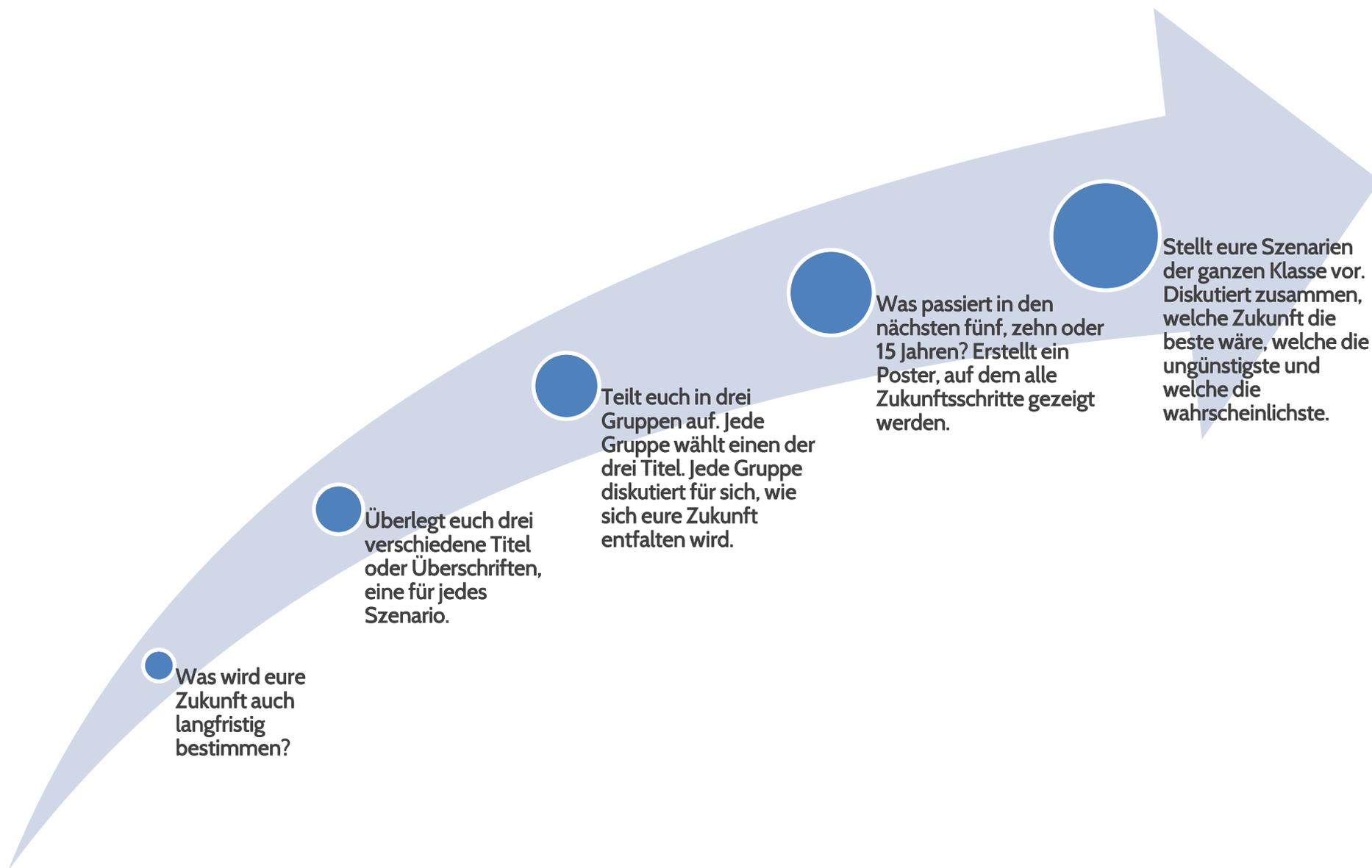
Bei den „Juncker-Szenarien“ wurden u.a. folgende Faktoren bedacht: die relative Wirtschaftskraft der EU, Innovationen in der Forschung, die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie der NATO, Sicherheit an den Grenzen der EU, die Zusammenarbeit mit den Nachbarn der EU und anderen Ländern weltweit, kriegerische Auseinandersetzungen, Isolationismus einzelner Staaten, Wirtschaftskrisen, Formen des sozialen Wandels, demographischer Wandel, Klimawandel. – *ihr könnt euch aber auch ganz andere Dinge überlegen, also Dinge, die für euch wichtig sind.*

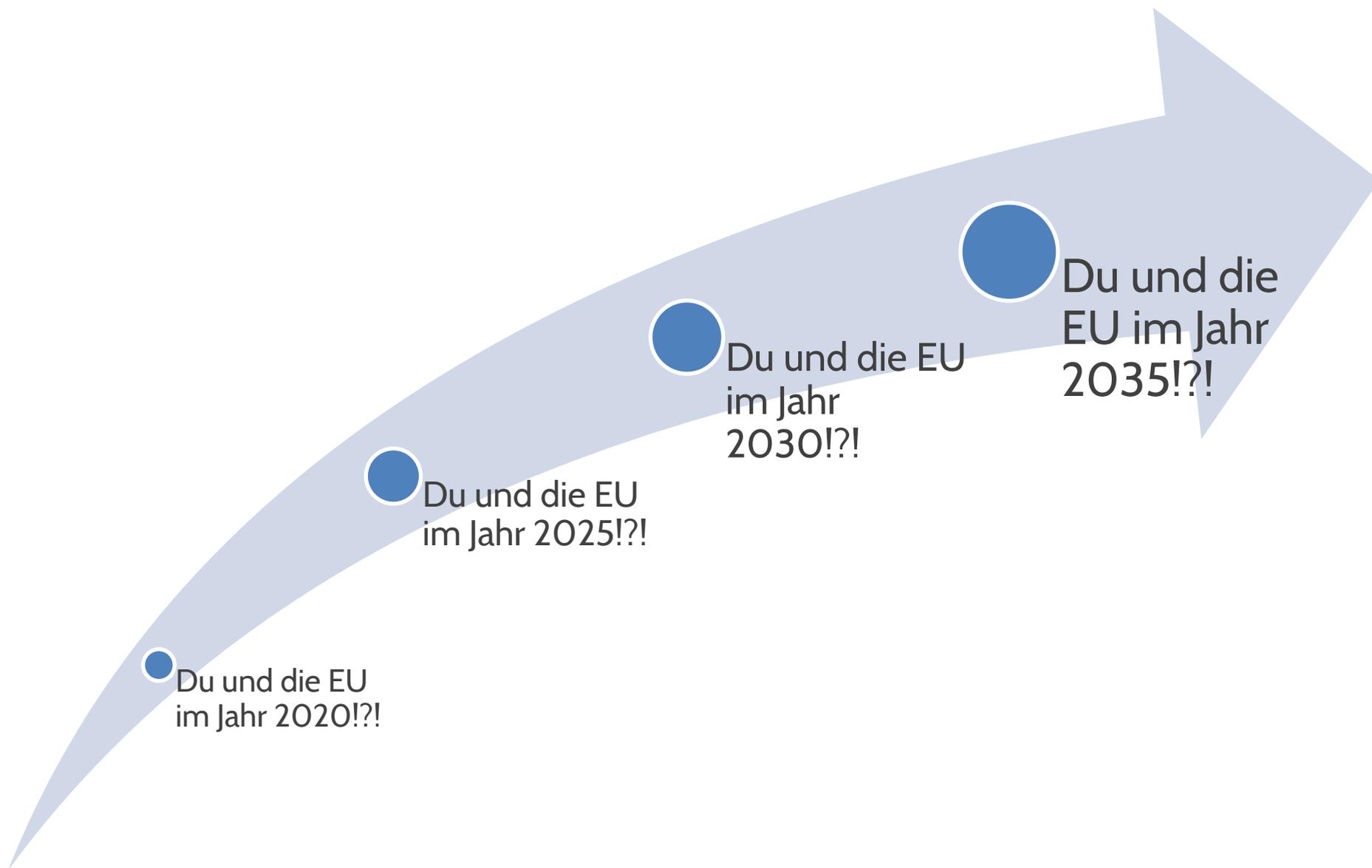
Die Titel der „Juncker-Szenarien“ sind: „Weiter wie bisher“, „Schwerpunkt Binnenmarkt“, „Wer mehr will, tut mehr“, „Weniger, aber effizienter“, „Viel mehr gemeinsames Handeln“ – *Wie lauten eure Titel?*

Bei den „Juncker-Szenarien“ handelt es sich um fünf verschiedene Wege in die Zukunft. Zum Beispiel wird im Szenario „Schwerpunkt Binnenmarkt“ überlegt, wie es wäre, wenn sich die Zusammenarbeit der EU-Staaten allein auf den Binnenmarkt beziehen würde. Das Szenario „Wer mehr will, tut mehr“ malt aus, wie es wäre, wenn einzelne Länder in der EU, die stärker zusammenarbeiten wollen, dies noch viel mehr tun würden, während sich andere Länder öfter aus der Zusammenarbeit ausklinken würden. – *Einen Überblick über alle fünf Szenarien findet ihr hier:*
<https://goo.gl/dN3cqa>

Die Europäische Kommission hat ihre Szenarien als Text und mit einigen Graphiken herausgebracht. Der Titel der gesamten Publikation lautet „Weißbuch zur Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien“. *Hier könnt ihr euch das Weißbuch aus dem Internet herunterladen:* <https://goo.gl/9C3hFM>

Die „Juncker-Szenarien“ werden heute von vielen Menschen in internationalen Organisationen, zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, in der Politik und in Thinktanks in ganz Europa diskutiert. Wenn ihr mit euren Szenarien zufrieden seid, stellt sie eurer Schule vor oder schickt sie an Herrn Juncker persönlich. *Über diese Internetseite könnt ihr Kontakt zu Herrn Juncker aufnehmen.* <https://goo.gl/gmw3hV>





Du und die EU
im Jahr 2020!?!

Du und die EU
im Jahr 2025!?!

Du und die EU
im Jahr
2030!?!

Du und die
EU im Jahr
2035!?!

4.4 Kommentierte Linksammlung



Informationen zum Weißbuch der Europäischen Kommission

https://ec.europa.eu/commission/white-paper-future-europe/white-paper-future-europe-five-scenarios_de ; https://ec.europa.eu/commission/publications/white-paper-future-europe_de

Die Europäische Kommission stellt das „Weißbuch zur Zukunft Europas – Die EU27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien“ und weitere Informationen dazu auf ihrer Internetseite bereit.

Erklärvideo zur europäischen Integration der Universität Innsbruck

https://www.youtube.com/watch?v=mjbTb Js_Qk

In einem kurzen Youtube-Video der Universität Innsbruck wird kurz erklärt, wie die EU funktioniert und was europäische Integration bedeutet. Darin kommt der Politikwissenschaftler Andreas Maurer zu Wort.

Erklärvideo zu verschiedenen Szenarien der Zukunft der EU von explainity

<https://www.youtube.com/watch?v=-o1HKF-thBE>

In einem kurzen Youtube-Video zum Thema „Zukunftsszenarien in der Eurokrise einfach erklärt“ wird die Eurokrise anschaulich erklärt. Dabei werden drei Szenarien vorgestellt, wobei es hier nicht um die Zukunftsszenarien aus dem Weißbuch der EU geht.

Szenario-Papiere der Europäischen Akademie Berlin

<http://www.eab-berlin.eu/aktivitaeten/publikationen-der-eab/>

Unter den Publikationen der Europäischen Akademie Berlin finden sich mehrere Szenario-Papiere – darunter eines zur Zukunft Großbritanniens und eines zur Zukunft Griechenlands. Beide Papiere sind in englischer Sprache verfasst und lassen sich frei herunterladen. Darin wird auch die Methode zur Entwicklung von Zukunftsszenarien, die dem Arbeitsauftrag zugrunde liegt, ausführlicher dargestellt.

Biographische Daten von Jean Monnet im LeMO:

<https://www.hdg.de/lemo/biografie/jean-monnet.html>

Das Lebendige Museum Online (LeMO) hält den Lebenslauf von Jean Monnet (1888-1979) bereit und berichtet über viele weitere Personen und Ereignisse mit Bezug zur EU. Dabei eignet sich das LeMO hervorragend dazu, sorgfältig belegte historische Daten schnell und unkompliziert nachzuschlagen. Der interaktive Charakter des LeMO lässt die geschichtlichen Zusammenhänge dabei insbesondere für die Schülerschaft besonders anschaulich werden. Herausgegeben wird es von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, der Stiftung Deutsches Historisches Museum und dem Bundesarchiv.

4.5 Quellenverzeichnis

Europäische Kommission, „Weißbuch zur Zukunft Europas – Die EU27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien“, Europäischen Kommission (online), 2017. URL: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch_zur_zukunft_europas_de.pdf.

Hummer, Waldemar, „Konsequenzen der Zusagen an das Vereinigte Königreich zur Abwehr eines Brexit“, *Integration* 2/39, 2016, 144-150.

Europäische Union, „Vertrag über die Europäische Union (Konsolidierte Fassung)“, *Amtsblatt der Europäischen Union C326*, 26.10.2012. URL: http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC_1&format=PDF.

Zündorf, Irmgard, „Biografie Jean Monnet“, *LeMO-Biografien, Lebendiges Museum Online*, hrsg. Von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. URL: <http://www.hdg.de/lemo/biografie/jean-monnet.html>.

Grau, Andreas, Regina Haunhorst, Markus Würz, „Anfänge der europäischen Integration“, *Lebendiges Museum Online*, hrsg. Von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. URL: <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/weg-nach-westen/anfaenge-der-europaeischen-integration.html>.

Europäische Union, „Europe à la carte“, *EUR-Lex, Access to European Union law*. URL: http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/europe_a_la_carte.html.

Europäische Union, „Enhanced cooperation“, *EUR-Lex, Access to European Union law*. URL: http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/enhanced_cooperation.html.

Europäische Union, „‘Multi-speed’ Europe“, *EUR-Lex, Access to European Union law*. URL: http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/multispeed_europe.html.

Europäische Union, „‘Variable-geometry’ Europe“, *EUR-Lex, Access to European Union law*. URL: http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/variable_geometry_europe.html

Die verwendeten Graphiken stammen von PRESENTERMEDIA (www.presentermedia.com).



DIE EUROPÄISCHE AKADEMIE BERLIN (EAB)

Europa verstehen. Europa gestalten.

Mit diesem Leitspruch verbindet sich der Anspruch der Europäischen Akademie Berlin. Seit 1963 arbeitet die EAB erfolgreich als unabhängige und überparteiliche Bildungsstätte mit dem Schwerpunkt „Europa“. Die EAB ist anerkannter Akteur der europapolitischen Bildung, kompetenter Dienstleister und Partner im internationalen Bildungs-, Seminar- und Projektmanagement und Lern-, Begegnungs- und Veranstaltungsort mit besonderem Ambiente.

ANFAHRT



Bus M19 Station Taubertstraße
Bus 186 Station Hagenplatz
S-Bahn Linie 7 Station Grunewald

Europäische Akademie Berlin e. V.
Bismarckallee 46/48
D-14193 Berlin
Tel.: +49 30 89 59 51 0
Fax: +49 30 89 59 51 95
www.eab-berlin.eu

Die Europäische Akademie Berlin wird ökologisch nachhaltiger. Seit 2013 arbeitet sie kontinuierlich daran, neben der wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeit insbesondere ihre Umweltbilanz zu verbessern.

NACHHALTIGKEIT
VERANTWORTUNG
ZUKUNFT EUROPA

Mit der Unterstützung durch die Senatskanzlei Berlin in Form einer institutionellen Förderung

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin
Senatskanzlei



Mit der Unterstützung des Programms Europa für Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union



Europa für Bürgerinnen
und Bürger